

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

26 (31.1.1914) Erstes Blatt

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Abo. 1. halbjährl. 1,25 M.; abgeholt monatl. 1,00 M.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 17 Uhr.
Postschekto Nr. 3650.
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 S. Sozialinsetate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 10 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei West & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 22 Seiten.

Die Krise im Elsaß.

Nach den Reichstagsdebatten vom 3. und 4. Dezember und nach der Verlegung der Neunundneunziger aus Zabern telegraphierte der elsässische Staatssekretär Jörn v. Bulach in Beantwortung einer Anfrage, ob die Regierung ihr Abschiedsgesuch eingereicht habe, einem Berliner Blatte: dazu liege jetzt keine Veranlassung mehr vor. Der Reichstag war an die Seite der Reichslande getreten und hatte einen ersten kleinen Erfolg erzielt, und die elsässische Regierung fühlte sich fast schon als Sieger.

Am 28. Januar hat aber derselbe Staatssekretär Jörn v. Bulach in einer Kommissionssitzung des Straßburger Landtags die Erklärung abgegeben, die Gesamtregierung habe aus den Zaberner Vorfällen die Konsequenzen gezogen. Und am 29. Januar meldete die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

Der Statthalter in Elsaß-Lothringen, Graf Wedel, hat sein schon im Dezember angebotenes Entlassungsgesuch erneuert. Wie wir weiter erfahren, haben auch der Staatssekretär Freiherr Jörn von Bulach und die Unterstaatssekretäre Dr. Petri, Mandel und Köhler erneut um ihre Entlassung gebeten. Die kaiserliche Entscheidung wird voraussichtlich in den nächsten Tagen erfolgen.

Das Entlassungsgesuch der elsässischen Regierung kennzeichnet den vollständigen Umschwung, der in den letzten Wochen eingetreten ist. Aus der Meldung der „Nordd. Allgemeinen Zeitung“ geht hervor, daß die Nachricht, die Regierung habe schon in einem kritischen Zeitpunkt im Dezember ihre Entlassung angeboten, richtig war. Man wird jedoch kaum fehlgehen mit der Annahme, daß das Abschiedsgesuch vom Dezember einen ganz anderen Zweck verfolgte als das vom Januar. Damals kämpfte die Regierung noch um ihren Rechtsstandpunkt, und ihre Demission hatte nur bedingte Geltung für den Fall, daß ihrem Standpunkt nicht Rechnung getragen würde. Heute ist die Sache entschieden und die Regierung räumt den Kampfplatz endgültig und bedingungslos als Besiegte. Sie geht, weil die Militärpartei auf der ganzen Linie den Sieg davongetragen hat.

Die elsässische Regierung muß gehen, weil sie einmal in einer einzigen Sache und auch in dieser nur bis zu einem gewissen Grade in Uebereinstimmung mit dem Volke handelte. Das ist ein Verbrechen, das in Preußen-Deutschland mit sofortiger Dienstentlassung geahndet wird. Die elsässische Regierung muß gehen, weil sie sich in einer bestimmten Frage nicht in Uebereinstimmung mit der Reichsleitung befand. Damit ist dargetan, daß die staatliche Selbstständigkeit von Elsaß-Lothringen nur ein Schein, daß Elsaß-Lothringen tatsächlich schon nicht mehr viel anderes ist als eine preussische Provinz.

Und das ist dieselbe Regierung, die erst vor einigen Monaten in ihrer Schwäche gegenüber Preußen soweit ging, daß sie insgeheim Ausnahmeerlasse gegen Elsaß-Lothringen vorbereitete. Damals hat diese Regierung im Straßburger Landtag wie im Reichstag eine vollkommenere Niederlage erlitten — aber das war kein Grund zur Demission! Dann aber wurde diese Regierung durch das Uebermaß preussisch-militärischer Herrschaft gezwungen, bis zu einem gewissen Grade, vorsichtig und behutsam die Bürgerrechte der Bevölkerung gegen geheime Kabinettsordres, willkürliche Verhaftungen und Drohungen mit Maschinengewehren zu verteidigen. Und jetzt war ihr Schicksal besiegelt!

Nach der „Volk“, die sofort nach Bekanntwerden der Straßburger Freipresse ein Aussehen mit eisernem Wesen in der Zivilverwaltung forderte, fehlt dem Rücktritt der Straßburger Regierung selbst der Schein der Freiwilligkeit. Sie erfährt von Straßburger unterrichteter Seite, also wahrscheinlich vom Militärkommando, der Rücktritt der Regierung sei „nicht ganz freiwillig“ erfolgt. Und sie knüpft daran folgende Betrachtung:

Es heißt die Tatsachen ein wenig auf den Kopf stellen, wenn Herr Jörn v. Bulach erklärt, die Gesamtregierung habe ihre Folgerungen aus den Vorfällen in Zabern gezogen. Diese Folgerungen wurden in Berlin gezogen und nicht in Straßburg. Die Abkantung der elsäss-lothringischen Regierung ist kein freiwilliger Entschluß, sondern ein recht unwillkürlicher Verzicht... Die Herren von der elsäss-lothringischen Regierung haben sich ihr politisches und persönliches Schicksal selbst geschmeibet. Von ihnen gilt das alte Wort: Wer mancher hat in Rosen gebaut und, kaum gedacht, sich in Dornen geschauf.

Die Herren sind also nicht gegangen, sie sind einfach davongetragen worden. Wie sagte doch Bethmann Hollweg? „Die Autorität der Gesetzgebung muß ebenso geschützt werden wie die Autorität der öffentlichen Gewalt.“ Und die Autorität der Gesetzgebung wurde geschützt — durch die Straßburger Kriegsgerichte. Die Autorität der öffentlichen Gewalt aber wurde geschützt durch die ungnädige Entlassung der Zivilverwaltung. Wirkliches Schutzes fand nur die öffentliche Gewalt des Leutnants v. Forschner und des Obersten v. Reutter. So weiß das elsässische Volk wenigstens, wen und was es als „Autorität der öffentlichen Gewalt“ zu ehren hat.

„Alles muß ein Ende haben“, schrieb ein liberales Berliner Blatt am Abend der letzten großen Interpellationsdebatte. Aber die politische Entwicklung, die durch Zabern aufgerollt wurde, ist noch lange nicht zu Ende. Mit schwerer Sorge und kaum befiegbarem Mißtrauen sieht das Volk Elsaß-Lothringens von ferne die Schatten der Männer auftauchen, die es nun nach preussischen Regeln regieren sollen. Schutz vor einer Dreibeit, die ihm aufgezwungen wird und auf die es keinen Einfluß hat, können ihm nur die auf allgemeinem Wahlrecht beruhenden Volksvertretungen gewähren: die zweite Kammer in Straßburg und der Reichstag in Berlin. Hier wie dort ist die Sozialdemokratie gewillt, ihre ganze Kraft für die Rechte des niedergetretenen Landes einzusetzen. Und wenn sich der Bund aller Unterdrückten immer enger zusammenschließt, dann wird seine Macht eines Tages unwiderstehlich werden. Nicht nur aus den Reichslanden, aus dem ganzen Reich wird den neuen Herren von Straßburg millionenfällig der Ruf entgegenklingen: Es lebe Elsaß-Lothringen!

Die Abhängigkeiten der Christen

Die westlichen Christen suchen die Wirkung des gegen sie gerichteten Hiebess dadurch abzumildern, daß sie den Kardinal Kopp nach Möglichkeit diskreditieren. Sie weisen ihm nach, daß er seinerzeit nicht nur mit der berühmten Interpretation der Enzyklika vollständig einverstanden gewesen sei, sondern daß er sich auch darüber hinaus in einer den christlichen Gewerkschaften sehr sympatischen Weise geäußert habe. Nachdem dieser Tage schon ein Brief des Erzbischofs an den Abg. Dr. Porck veröffentlicht worden ist der den Zweck hatte, die die Zukunft der Gewerkschaften besorgte Zentrumspartei zu beruhigen, stellt jetzt eine „führende Persönlichkeit aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung“ der „Westfälischen Zeitung“ ein zweites Schreiben an dieselben Adressaten zur Verfügung, das sich in derselben Richtung bewegt.

Wollten wir, sagt Herr Kopp, die Herren von Berlin kommen, und die rein katholischen Gegenden auspielen (Reise), so habe ich die Antwort schon bereit. Ich werde mich aus der von der Enzyklika angewiesenen Stellung nicht herauslösen lassen, und gestatten, was der St. Vater gestattet; ich werde von den christlichen Gewerkschaften meiner Döselie nichts verlangen; auch keinerlei Erklärungen, sondern es ruhig beim Alten lassen. Und so denkt auch Korum; er hat auf meine Anregung warm dafür plädiert, daß wir vertraulich die Führer beruhigten und ihnen zu uns Vertrauen einflößten.

So also stand Kopp im November 1912. Warum er dann plötzlich seine Meinung geändert hat und am 1. Dezember in dem bekannten Schreiben an den Bischof von Baderborn seine Zustimmung zu der Auslegung der Enzyklika bedauerte, das erzählt nun wieder das dem Baderbörner Bischof nahestehende „Westfälische Volksblatt“. Danach sind maßgebend für die Sinnesänderung der Eminenz gewesen einige Äußerungen die der Zentrumsgewerkschaften in Bismarck am Abend des 22. November in einer Versammlung der Kölner Zentrumspartei getan hatte, ferner ein Zeitungsartikel, der in verschiedenen Blättern um dieselbe Zeit erschien und in dem man einen Angriff auf das Oberhaupt der Kirche erblickte. So dann besonders auch die Verhandlungen auf dem Essener Gewerkschaftstongress (26. November 1912) und schließlich eine angebliche Äußerung des Reichskanzlers, die in jenen Tagen gefallen sein soll.

Das „Westfälische Volksblatt“ führt dann weiter aus, daß in dem Schreiben des Kardinals an den Bischof Schulte eine Zurücknahme der Interpretation nicht gelegen habe. Eine Zurücknahme habe auch nur durch eine offizielle Erklärung vor dem Episkopat erfolgen können von einer solchen aber sei um so weniger die Rede, als noch am 9. Dezember der Kardinal in einem amtlichen Zirkular an den Episkopat über die in Frage stehende Interpretation eine Kundgebung getan habe, die alles andere eher als eine Zurücknahme jener Interpretation enthalte.

Dem Kirchenfürsten von Breslau werden alle diese Veröffentlichungen sicher sehr wenig Freude bereiten, denn er gelangt durch sie doch sehr stark in den Geruch eines alten Herrn der selber nicht so recht weiß, was er will und heute so und morgen anders redet. Aber auch wenn die Christen sich noch weiter mit Erfolg bemühen sollten, das geistliche Oberhaupt in Breslau als einen unberechenbaren Greis hinzustellen, so wird ihnen das wenig helfen. Schließlich ist die Auffassung, die Kopp abgesehen von der Unterbrechung im November 1912 vertreten hat, diejenige die in Rom gilt, und der Versuch, die Ansicht der Kurie durch halbbrüderliche Interpretationen zu verdunkeln, war ja von vorn herein nur ein sehr kümmerlicher Notbehelf.

Außerdem aber tragen alle diese Veröffentlichungen ja nur dazu bei, den in den christlichen Gewerkschaften

organisierten Arbeitern die Augen darüber zu öffnen, in wie zahlreichen Abhängigkeiten sich ihr Verband befindet und wie wenig sie in der Lage sind, ihr Schicksal selber zu bestimmen. Ein Mann der für sie von so großer Wichtigkeit ist wie der Kardinal Kopp, kann ihnen heute so günstig gefinnt sein, daß sie glauben nun eine wirkliche gewerkschaftliche Aktion beginnen zu können, ohne von einem Eingreifen seinerseits etwas befürchten zu müssen. Morgen fällt er nun, weil ihm ein Satz in der Rede eines Zentrumsgewerkschaften ärgert oder weil ihm ein Zeitungsartikel nicht behagt oder weil ihm ein Wort des Reichskanzlers verschmüpft hat. Dann ist die ganze Herrlichkeit wieder mit einem Schläge zu Ende; dann müssen die Führer wieder auf den Hintertreppen herumtrotzen und tausend Versprechungen und Zusicherungen machen, damit man noch einmal eine Weile Ruhe hat. Wirklich eine glorreiche Arbeiterbewegung!

Deutsche Politik.

Zabern vor der Bürgerschaft in Bremen.

Die Bremer Bürgerschaft beschäftigte sich am Mittwoch mit folgendem sozialdemokratischen Antrage:

„Die Bürgerschaft ersucht den Senat, durch Anregung geeigneter gesetzlicher Maßnahmen im Bundesrat dahin zu wirken, daß die Sicherheit der Zivilbevölkerung auch nicht durch unbedeutende Eingriffe von Militärpersonen, wie es in Zabern geschehen ist, gefährdet wird. Die Anwendung der preussischen Kabinettsordre vom 17. Oktober 1820 ist als gesetzwidrig zu verurteilen.“

Die treffliche Begründung des Antrages wurde mit höchstem Nachdruck der Rechten einschließlich der Nationalliberalen begleitet. Von den Bürgerlichen nahm nur der frühere Reichstagsabgeordnete für Bremen, der Fortschrittler Hornmann das Wort, um sich gegen den Antrag auszusprechen, auf die Zaberner Vorgänge selbst ging er nicht ein, da die Angelegenheit, nachdem sie im Reichstage von allen Parteien ausführlich besprochen sei, nicht vor die Bürgerschaft gehöre. Er brachte einen veränderten Antrag ein, in welchem der Senat ersucht wird, im Bundesrat für Fassung einheitlicher Bestimmungen zu wirken, durch welche der Waffengebrauch des Militärs in Friedenszeiten für das ganze Reich geregelt wird.

Der sozialdemokratische Antrag wurde hierauf abgelehnt, der Antrag Hornmann angenommen.

Im elsäss-lothringischen Landtage

gab am Donnerstag die Regierung die Erklärung ab, sie werde über zukünftige Positionen und Forderungen keine Angaben mehr machen, da sie ihre Aufgabe lediglich als die einer Verwaltungsbehörde ansehe. — In der Nachmittags-Sitzung stimmten alle Parteien gegen die Gehälter der sechs Gendarmerie-Offiziere, die damit gestrichen sind; einmal wegen der auffälligen Haltung der Gendarmeriehauptmanns Schotte im Reutter-Prozess, der dort erklärte, ihm sei zu Ohren gekommen, daß der Kreisdeputierter Wahl versucht habe, die Gendarmen in ihrer Purgenausgabe zu beeinflussen und ferner, weil der Standort dieses Offizieres jetzt von Pfalzburg nach Zabern verlegt wurde. Die Streichung kann lediglich als eine Demonstration des Landtages gegen die Militärbehörde aufgefaßt werden.

Die elsäss-lothringische Regierung geht.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt Donnerstag abend folgende Meldung: „Der Statthalter in Elsaß-Lothringen, Graf Wedel, hat sein schon im Dezember angebotenes Abschiedsgesuch erneuert. Wie wir weiter erfahren, haben auch der Staatssekretär Jörn v. Bulach und die Unterstaatssekretäre Dr. Petri, Mandel und Köhler erneut um ihre Entlassung gebeten. Die kaiserliche Entscheidung wird voraussichtlich in den nächsten Tagen erfolgen.“

Schon am Mittwoch erklärte in der Budgetkommission der Zweiten elsäss-lothringischen Kammer auf Anfrage, der Staatssekretär Hr. Jörn v. Bulach, daß die Ereignisse von Zabern und ihre Folgerungen für die elsäss-lothringische Regierung eine neue Situation geschaffen haben. Sie habe daraus die Konsequenzen gezogen und entsprechende Anträge gestellt. Die Entscheidung würde voraussichtlich schon in diesen Tagen fallen.

Weiter wird gemeldet, daß außer dem Staatssekretär und den Unterstaatssekretären auch der Präsident des Oberschulrats Dr. Albrecht sowie der Präsident der Wasserbauverwaltung Dr. v. Traut aus ihren Ämtern scheiden werden.

Bei diesem Regierungswechsel scheint das Zentrum Proseliten machen zu wollen. Am Mittwoch hatten nämlich die Sozialdemokraten in der Budgetkommission wieder den Antrag gestellt, den Dispositionsfond des Statthalters in Höhe von 100 000 Mark zu streichen. Der Antrag wurde diesmal von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt, während noch vor zwei Jahren das Zentrum für Streichen dieses Fonds stimmte. Genau so war es auch bei der Ablehnung der 100 000 M. für den Gnadenfonds des Kaisers. Auch hier stimmte das Zentrum für Beibehaltung dieses

Fonds; nur die Abg. Wetters und Dr. Pfeiler vom Zentrum stimmten mit den Sozialdemokraten für Streichung. Aus alledem ergibt sich, daß Zentrum und Regierung in Elsaß-Lothringen sich wieder in den Armen liegen.

Arbeitslosenfürsorge.

Der Altenburger Landtag beschloß seinerzeit auf Antrag der Sozialdemokraten für die nächsten drei Jahre 45 000 Mk. bereit zu stellen, die dazu dienen sollen, den Gemeinden, die Arbeitslosen-Unterstützung zahlen, bis zu 50% ihrer Ausgaben zurückzuerstatten. Trotzdem lehnen die Gemeinden eine Gewährung von Arbeitslosen-Unterstützung ab. So wurde kürzlich in Großitzsch der Antrag einer Anzahl Arbeitsloser, ihnen Unterstützung zu gewähren, ausdrücklich abgelehnt, und in der Stadt Altenburg selbst sind die Arbeitslosen ebenfalls von allen Stellen abgewiesen worden mit der Begründung, es sei kein Geld vorhanden.

Protest gegen die Bedrohung der Koalitionsfreiheit.

Eine Anzahl Versammlungen im Regierungsbezirk Magdeburg nahmen Stellung zu der Bedrohung des Koalitionsrechtes. Der Reichstagsabg. Silberstein sprach in Magdeburg vor einer überfüllten Versammlung; in Halberstadt, Bernburg, Uckerleben und Osterwieck fanden gleichfalls starkbesuchte Protest-Versammlungen statt.

Im östlichen Westfalen und in Lippe fanden vom 23. bis 27. Januar zwölf Volksversammlungen statt, die demselben Zwecke dienen. In Bielefeld beteiligten sich an der Demonstration für ein freies Koalitionsrecht 6 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die anderen Versammlungen fanden statt in Herford, Minden, Deynhagen, Bünde, Blotho, Sundern, Verbe, Lemgo usw. Redner waren die Genossen Abg. Dr. Erdmann, Roske, Severing und Parteisekretär Schräb.

Zabern macht Schule.

Aus Metz, 28. Januar, berichtet die „Frankf. Ztg.“: In Zabern, einem Vorort von Metz, fand am 27. Januar, abends, in einer Wirtschaft die Kaisergeburtstagsfeier des 20. preussischen Pionierbataillons statt. Das Bataillon hatte die Wirtschaft gemietet; zwei Französisch sprechende Lothringer hörten den Musikdarbietungen der Kapelle zu, als ein Leutnant zu ihnen trat mit der Aufforderung, entweder Deutsch zu sprechen oder das Lokal zu verlassen. Die Lothringer kamen der Aufforderung nach und begaben sich in das vor dem Saal gelegene Restaurant, wo sie sich erfrischten. Später kamen noch zwei Lothringer hinzu und unterhielten sich in ruhiger, anständiger Weise auf Französisch. Der Leutnant kam auch in das vordere Lokal, um sich zu überzeugen, ob die Leute jetzt Deutsch sprächen. Da dies nicht der Fall war, forderte er sie nochmals in der energischsten Weise, im Kommandotone auf, das Lokal zu verlassen oder Deutsch zu sprechen, da sie durch ihr Benehmen die Kaisergeburtstagsfeier in absichtlicher Weise störten. Die Lothringer erwiderten in gebrochenem Deutsch ruhig, sie könnten reden, wie sie wollten, und ließen sich in ihrer Unterhaltung weiter nicht stören. Ein zweiter Leutnant kam hinzu, holte den Major herbei, und letzterer, von dem ersten Leutnant aufgeklärt, ließ ohne jegliche Verhandlungen die Leute durch anwesende Unteroffiziere und Mannschaften verhaften. Wie es hier zu Lande Gebrauch ist, hatten die vier Lothringer in der Wirtschaft ihre Mützen aufbehalten. Der Major fuhr die Leute mit folgenden Worten an: „Nehmen Sie die Mützen ab, Sie stehen vor einem königlich preussischen Major!“ Bevor die Leute überhaupt der Aufforderung nachkommen konnten, schlug der Major einem derselben die Kappe mit einer derben Ohrfeige vom Kopf. Dies geschah, während die Leute bereits von den Unteroffizieren festgehalten wurden. Einer der vier, der

in der deutschen Sprache am bewandertsten schien, versuchte, indem er sich in ruhiger Weise an den Major wandte, Aufklärung über diese merkwürdige Behandlung zu erhalten: „Verzeihen Sie, Herr Major...“ Weiter ließ ihn der Major nicht kommen, sondern schrie: „Schweigen Sie, Ihre Mützen kennzeichnen Sie ja schon; die guten Franzosen sind alle ausgewandert; was noch hier ist, ist alles Krethi und Blethi, die Gese vom Volk...“ (und ähnliches mehr). Daraufhin wurden die Leute, von zwei Offizieren und Unteroffizieren begleitet, auf das Bürgermeisteramt nach Montigny gebracht und dort der Polizeigewalt übergeben, wo sie alsbald auf freien Fuß gesetzt wurden. Es ist noch bemerkt, daß den Lothringern kein freches Wort über die Lippen kam und daß sie sich weder im Restaurant noch auf dem Weg zum Bürgermeisteramt im geringsten zur Wehr setzten. Bemerkenswert ist auch, daß das Lokal für den Abend an das Bataillon vermietet war, was aber die betreffenden Zivilisten nicht wußten und auch in keiner Weise kenntlich gemacht war.

Was nach den Urteilen im Reuter- und Forstner-Prozess nicht anders zu erwarten war, ist damit hier eingetreten. Diese Urteile haben die Courage der Herren Militärs mächtig erhöht und macht ihren Übermut überschreiben. Sie gebärden sich, als ob sie die Herren der Welt wären und tun dürfen, was ihnen behagt. Es gibt keine Grenze mehr, die sie nicht überschreiten dürften, Gesetz und bürgerliches Recht scheinen für sie aufgehoben zu sein. Die Herren Forstner und Reuter machen rasch Schule. Nach Zabern: Sablon, und nach Sablon?, welcher Ort kommt jetzt dran?

Badischer Landtag.

Nachdem zu Eingang der gestrigen Sitzung der nationalliberale Abg. Bitter seinen schöngefärbten Schülerausfall vorgelesen hatte und Herr Köhler vom Zentrum bald konfessionelle, bald sozial gefärbte Töne angeschlagen hatte, kam Genosse Kolb zu Wort, der in großen Zügen die Stellung und die Forderungen unserer Partei an die Regierung präzisierter. Ausgehend von der Forderung des Proportionalwahlrechts und der notwendigen Verbesserung des Kreiswahlrechts behandelte Genosse Kolb das veraltete Gemeinbewahrecht in Baden und die Bedeutung der Wohnungsfürsorge, sowie einer Arbeitslosenversicherung, um zum Schluß gegen ein Arbeitswilligengesetz scharfsten Protest zu erheben.

Als weiterer Redner der Sozialdemokratie sprach dann noch in der gestrigen Sitzung Gen. Böttger zum erstenmal in größeren Ausführungen, wobei er das Ohr des ganzen Hauses hatte. Seine sozialpolitischen Bemerkungen verrieten den guten Kenner der einschlägigen Materie, seine polemischen Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Köhler waren geradeso zündend und seine Ausführungen zum Arbeitswilligengesetz ließen der Regierung wohl erkennen, daß sie sich mit ihren diesbezüglichen gestrigen Ausführungen in eine Sackgasse verrennt hatte.

Merkwürdig berührte auch in der gestrigen Sitzung, daß sich die bürgerlichen Sprecher vielfach in lauter Einzelheiten verloren, ohne dabei auf die großen Fragen unseres innerpolitischen Lebens einzugehen. Fast möchte man glauben, dem Bürgertum sei die Kraft für die Behandlung großer Fragen ausgegangen. Er ist dies bedauerlich. Die Sozialdemokratie jedenfalls hat es an aufrüttelnder Kraft bisher und gerade wieder in den letzten Sitzungen gang und gäbe nicht fehlen lassen, und sie wird, gerade umfomehr die Kraft des Bürgertums vermag, sich als Herrin der Situation erweisen.

21. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 30. Januar. Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 9 25 Uhr. Am Regierungstisch: Minister v. Bodman und Kommissäre.

Eingegangen sind Petitionen der Gemeinden Hochstetten, Niedersheim und Ruhheim um Erbauung einer Anschlußstrecke an die Staatsbahn; der im Dienste der Eisenbahn- und Bodensedampfschiffahrtsverwaltung tätigen, aus dem Handwerkerstande hervorgegangenen unteren technischen Beamten und Anwärter um Vorsehung; des Gemeinderats Röttlingen um einen Staatsbeitrag zur Wasserreinigung.

Fortsetzung der Generaldebatte über das Ministerium des Innern.

Abg. Bitter (Natf.) anerkennt die Tätigkeit des Ministeriums des Innern. Zu wünschen ist, daß die Bezirksämter öfters persönliche Fühlungnahme mit der Landbevölkerung nehmen. Die Förderung des Wohnungswezens ist zu begrüßen. Der Kampf gegen die Tuberkulose wird von der Regierung in anerkennenswerter Weise unterstützt. Durch die Jugendfürsorge soll die Jugend vor Entartung geschützt werden. Von der Arbeit des Zwangs-erziehungsanstalten verprieht sich der Redner weniger als von der Erziehung in der Familie. Die Selbstverwaltung der Gemeinde wollen wir gewahrt wissen. Die Freude an Festlichkeiten wachsen allmählich zu einem Schaden für das Volk aus. Es ist zu verhehen, wenn sich weite Kreise dagegen wenden. Das Elternhaus muß für die innere Befundung des Volkstums wirken. Der Redner begrüßt den Staatszuschuß von 30 000 Mk. für das Kruppelheim.

Abg. Köhler (Zentr.): Abg. Benedy ist dem Abg. Wittmann an donnerndem Ton der Entrüstung um etliche Pferde-längen voraus. Wir unterstützen das Ministerium des Innern, wo es notwendig ist. Wir kämpfen früher schon Schulter an Schulter mit Ihnen (zu den Fortschrittlichen. Zwischenruf des Abg. Benedy: Die Sozialdemokraten waren auch dabei. Heiterkeit). Die Sozialdemokraten waren auch dabei. Die Volkspartei hat auch Schutzgelder in ihrer Mitte. Die Landwirtschaft braucht den Schutz. Die Zusammenziehung zu Vereinen geschieht nicht nur auf katholischer, sondern auch auf protestantischer und jüdischer Seite. Die stützkonfessionelle Erziehung bleibt die Hauptsache. Sie schafft die Stärkung des Charakters. Sie können uns die liberale Stimmung nicht abspreschen. Die Simultanschule hat nicht die Vorteile, wie behauptet wird. Dies gibt sogar der „Schwab. Merkur“ zu. Die Schule muß erzieherisch wirken. In den Zwangs-erziehungsanstalten ist die religiöse Erziehung die Hauptsache. Wir wollen die Wohnungsfürsorge nicht, wie Abg. Köhler meint, vom religiösen Standpunkt aus erledigen. Ich meine, daß die sozialen Grundzüge der Kirche weiter gewirkt haben. Die Kirche entfalte auch eine soziale Selbstständigkeit. Es ist eine Verfrühdung, wenn schon jahrtausendelange Missionare hinausgehen, um das Evangelium zu predigen. Die Vorgänge bei der Karlsruhe Krankenanstalt rufen den Verdacht sehr nahe, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften sehr viel mit einander zusammen haben. Mit der „Vollfürsorge“ sollen der Sozialdemokratie neue Stützpunkte im Volk geschaffen werden. Die bestehenden Gesetze über den Arbeitswilligenschuß genügen; scharfmacherischen Bestrebungen sollte nicht nachgegeben werden. Beim Kino sind trotz der Zensur viele Schandfilme zu finden. Von einer Einführung der Kongresspflicht bei den Kinos verprieht sich der Redner wenig; wichtiger ist die Zensur. Eine Zensurierung dieser Zensur wäre erwünscht; die Platzregeln sollte verschärft werden. Ich verlange kein besonderes Gesetz zum Kampf gegen den Schmutz in Wort und Bild. Mit dem bisherigen ist es jedoch auch nicht getan. In der Sache sollte vor allem energisch vorgegangen werden. Zu bekämpfen sind auch die sensationellen Gerichtsberichte mancher Zeitungen; auch in Baden. Der Geburtenrückgang, der ein großer nationaler Schaden ist, ist enorm. Unter den Gründen ist auch die Wohnungsfrage genannt worden. Ich unterschiebe deren Bedeutung nicht. Ich meine aber, daß der Geburtenrückgang vor allem auf Gründen physischer, moralischer und ethischer Natur beruht. Die Geschlechtskrankheiten beeinflussen den Geburtenstand ungünstig. Ebenso der Alkoholismus, die Säuglingssterblichkeit. Alle diese Momente erklären jedoch den Geburtenrückgang nicht völlig. Der Grundlag, wenig aber ersichtlich, hat sich leider Geltung verschafft. Es fehlt heute die erzieherische Kraft. Der Kampf gegen den Geburtenrückgang muß aufgenommen werden. Erfreulicherweise ist festzustellen, daß die Sozialdemokratie und der „Vollfreund“ in letzter Zeit gegen den sogen. Geburtenrückgang Front machte und darauf hinwies, daß ein solcher der Arbeiterchaft im Ganzen schaden würde. Es wurde in dem Artikel darauf hingewiesen, daß dies keine politische Frage, sondern eine persönliche Frage sei. Die große Regierung sollte

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

(Fortsetzung.) Siebzehntes Kapitel.

Im Zuchthaus Berlin-Moabit.

Berlin! Nach dreistündiger Fahrt durch eine graue Gegend, in der manchmal ein See wie ein Silberstück lag, fuhren wir in einem der Berliner Bahnzüge ein. Er ist hell erleuchtet, und die hastende Menge säumert sich nicht um den Gefangenen, den man da transportiert. Wir steigen die breite Steintreppe hinunter und setzen uns in einen offenen Wagen. „Lehrter Straße Nr. 3, Rutscher“. Nun fahren wir durch die hellerleuchteten Straßen Berlins; ich bin ganz vertieft in den Anblick der herrlichen Läden, der vielen Menschen, all dieses lauten Verkehrs, durch den ich in meinem Wagen hindurchgetragen wurde wie in einem schönen und lieblichen Traum. Mir ist, als sei ich in einer andern Welt; alles ist so neu, so hell, so unerhört herrlich, was ich sehe! Hier ein Radfahrer! Wie schnell er läuft! Und ein Automobil, ein Ungeheuer mit rubinroten Augen, es taucht auf und verschwindet! Wie wunderbar das alles ist! Straßen und ganze Stadtteile fliegen vorüber, jetzt fahren wir an der Spree entlang — ein großes Tor: das Zuchthaus von Moabit! Ein paar Stufen, dann stehen wir im Korridor des Verwaltungsgebäudes. Der Boden ist gewischt, alles sehr hell erleuchtet, weiße Türen überall und feierliche Stille; denn hier wird nur geklüffelt, und dicke Teppiche dämpfen jeden Schritt. „Ah, da sind sie ja.“ sagt der Direktor und blickt mich neugierig an.

Er war ein pensionierter Major mit einem mächtigen Schnurbart und militärischen, ein wenig schroffen Mienen, im Grund ein vortrefflicher Mensch. Nachdem er etwa eine Viertelstunde mit mir gesprochen hatte, führte er mich selbst in die mir bestimmte Zelle. Die ganze Nacht konnte ich kein Auge zutun vor innerer Erregung. Die für mich unerhörten Ergebnisse des vergangenen Tages vibrierten noch in all meinen Nerven nach.

An andern Morgen wurde ich vom Gefängnisarzt von Kopf bis zu den Füßen untersucht. Die Folge dieser Untersuchung war, daß ich sechs Wochen lang unter „Beobachtung“ kam, und wie alle schwindeligen Sträflinge mit Creosot und Stärkungsmitteln behandelt wurde. Unterdessen mußte ich wieder einen Angriff der Regierung zurückschlagen, die in Gestalt eines Majors vom Kriegsministeriums und eines Kommissars mir wieder einmal Geständnisse abringen wollte. Gleich nachdem die beiden unerrücktesten Sache abgezogen waren, erhielt ich die endgültige Verwertung meines Gnadengesuches, und zwar als Neujahrsgeschenk, am 1. Januar 1902. Man kann sich denken, wie bitter schwer es mir wurde, die vierzehn Monate Gefangenschaft die nun noch vor mir lagen, mit einigem Gleichmut zu ertragen. Jetzt war es sicher, daß die Stunde der Freiheit erst nach Ablauf meiner ganzen Strafzeit also am 9. März 1903, schlagen würde.

Meine Schwester hatte mir das „Tagebuch für Kunst und Gewerkschaften“ gesandt, das ihr die Gesellschaft ehemaliger Schüler der „Ecole Centrale“ in Paris für mich geschickt hatte und in dieses Buch schrieb ich nun Tag für Tag, um mich zu zerstreuen, all meine inneren Erlebnisse, meine Träume und Gedanken nieder. Das ähäre Leben hier in Moabit hatte ja keine Geschichte, da, wo das Zellenleben in seiner ganzen Schärfe so konsequent durchgeführt wird, wie hier, gibt es keine Ereignisse.

Ich will aus dem umfangreichen Tagebuch einige Seiten wiedergeben, die vielleicht von Interesse sind.

4. Juni. Mitten in jedem der drei Höfe erhebt sich ein feinerer Turm mit einer gedeckten Plattform, zu der man auf einer Treppe im Innern des Turmes gelangt. Um diesen Turm herum ziehen sich kreisförmig zweiundzwanzig längliche kleinere Höfe, die durch Mauern von einander getrennt und mit einem arnseligen Rasenplätzen geschmückt sind. Eine Glasveranda, wo man bei höchstem Wetter Schutz suchen kann, zieht sich längs der Mauern hin. Dies sind die Höfe zum Spazierengehen. Auf der Plattform des Turmes steht ein Aufseher mit einem Karabiner im Arm, der keinen Blick von den Spaziergängern wendet. Ich habe wegen meines schlechten Gesundheitszustandes die Erlaubnis, eine volle Stunde draußen zu prommenieren zu dürfen, während den andern täglich nur zwanzig Minuten gewährt werden.

10. Juni. In Frankreich verurteilen die Gerichte häufig zu Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. In Deutschland aber wird man zum Verlust der Ehre überhaupt für die Dauer einer ganz bestimmten Zeit verurteilt, so als könne man einem Menschen seine Ehre nehmen, wie man eine Rike oder einen Orden abtreibt.

24. Juni. Ich glaube, jetzt habe ich herausgefunden, warum gut erzogene Menschen im deutschen Zuchthaus stets gut behandelt werden. Es ist nicht, weil sie besondere Achtung einflößen, sondern weil Beamte, Aufseher und Sträflinge die Ueberlegenheit der Erziehung empfinden, und in der Meinung des Unterzogenen nicht als Knoten erscheinen möchten. Tatsächlich habe ich unter den Hunderten von Beamten und Aufsehern, mit denen ich zu tun hatte, nur höchstens drei bis vier wirkliche Ripel kennen gelernt. Ein anderer lustiger Zug ist die Sorgfalt, mit der sie etwaige Unwissenheiten zu verbergen suchen, und der Eifer, mit denen sie ihre kleinen Talente ins rechte Licht rücken. So hat zum Beispiel niemals jemand, vom Direktor bis zum Aufseher herunter, gewagt, mich um Erklärungen über meine schriftlichen Ueberlegungen zu bitten, nur aus Furcht, sich eine Blöße zu geben, die ihrer Eitelkeit hätte schaden können.

18. Juni. Die Späzen im Hof sind wirklich ein interessantes Bllschen! Je mehr ich mich mit ihnen befaße, desto lieber gewinne ich sie! Die Kerle machen mehr Madou als eine Lokomotive, denn ich hör selbst durch das Geräusch der fahrenden Biige an dem Lehrter Bahnhof hindurch ihr Geschrei. Den ganzen Tag über sind sie beschäftigt, wieviel Wichtigkeit legen sie diesen Beschäftigungen bei, und wie ärgern sie sich, wenn nicht alles nach Wunsch geht! Wie sie schwatzen, diskutieren, sich streiten und verdrüßeln! Die Weibchen sind schlecht gekleidete, gewöhnliche, hausbodenere Bürgerfrauen. Aber die Männchen! Die richtigen Gigert! Wie hübsch steht der schwarze Einsatz zu ihren braunen weißgekleckten Röckchen, ihr Schmeider hat wirklich Geschmack! Sie sind für meinen Begriff einfach unwiderrstlich, und darum beareife ich nicht, daß sie so oft von den kleinen dicken Weibchen, denen sie die Kur machen, einen Korb bekommen.

(Fortsetzung folgt.)

gegen die hygienischen Mittel scharfer vorgehen. Die strafrechtliche Verfolgung der Abtreibungen sollte noch scharfer betrieben werden. Auch sonst sollten noch Maßnahmen ergriffen werden wie Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit, Mutterschaftversicherung usw. Neben der Körperpflege ist auch eine Willenspflege nötig. Insbesondere spielt jedoch der Einfluß der Religion eine große Rolle. Der Religion kommt hier eine ausschlaggebende Rolle zu. Die diesbezüglichen bischöflichen Hirtenbriefe waren ein Großtat.

Abg. Kolb (Soz.):

Die Debatten wiesen diesmal einen großen Gegensatz gegen früher auf. Für das Zentrum scheiden die politischen Gesichtspunkte anscheinend aus und es macht der Regierung fortwährend den Weg nach rechts leicht machen. Mit der sachlichen Tätigkeit des Ministeriums des Innern sind auch wir zufrieden. Wertwichtig berührt das Verhalten der „Karlsruher Zeitung“ und der Regierung gegen uns, nachdem gerade wir im letzten Landtag an dem Zustandekommen der Gesetze mitwirkten. Ich möchte mich hier für Einführung des

Proportionalwahlrechts für den Landtag

ausprechen. Die Mängel des Verhältniswahlrechts sind nicht so groß, als in der Denkschrift dargestellt wurde. Ich meine, daß die ablehnende Haltung der Regierung durch den Umfall des Zentrums beeinflusst wurde. Keine Partei wird, trotzdem wir praktisch mitarbeiteten, von der Regierung

ausnahmsgeheilig

und nicht gleichberechtigt behandelt. Wir verfahren uns dagegen, daß wir, die wir auf dem Boden der Verfassung stehen, fortwährend als nicht gleichberechtigt behandelt werden. Die Sozialdemokratie hat auch in Baden einen großen Anhang und die wirtschaftliche Entwicklung führt uns fortwährend neue Kräfte zu. Die Haltung der Regierung ist daher unverständlich. Das Ausnahmsgesetz, das große Erbitterung hervorrief, die heute noch teilweise nachwirkt, besteht nicht mehr, und trotzdem werden wir noch nicht als gleichberechtigt behandelt. Das Vorgehen der Regierung ist manchmal feindselig. Die Tatsache, daß beim letzten

badischen Arbeiter-Sängertag in Karlsruhe

das Tragen von roten Fahnen unterjagt wurde, beweist genug. Was hat es für einen Sinn, die Vereine auf diese Weise zu schikanieren? Ähnlich liegt die Sache bei dem Verhalten des Karlsruher Stadtrats wegen Auffstellung von Fahnenstangen bei diesem Feste. Dieses Vorgehen des hiesigen in seiner Mehrheit bürgerlichen Stadtrats kam jedoch erst, weil das Bezirksamt einem Untersuchen das Flugblatt entnahm, das eine Handhabe gegen dieses Entgegenkommen bieten sollte. Warum wurden schließlich in Mannheim die Bezirksräte nicht bestätigt? Warum werden die Anhänger unserer Partei nicht zur praktischen Arbeit zugelassen? In anderen Ländern ist dies anders; da sind die Sozialdemokraten zu allen Ämtern zugelassen. (Zwischenruf.) Wenn Sie wüßten, was für Leute wir zu unsern Reichen zählen können, würden Sie Augen machen. Die Leute dürfen es nur nicht bekennen. Wir haben noch nie aktiv härtere republikanische Propaganda entfaltet, die wird heute von ganz anderen Leuten herorgeworfen. (Abg. Benedy: Sehr richtig!) Bei uns in Deutschland ist es an der Tagesordnung, Neben gegen die Sozialdemokratie von hohen Stellen aus zu halten; sollen wir als Dank dafür vielleicht Hofgänger werden? Wenn ein Minister heute sich gegen die Sozialdemokratie wendet, so wird er später einmal in sehr eigenartiger Weise betrachtet werden. Denn die Entwicklung unserer Partei kann nicht aufgehalten werden. Warum verhindert man uns denn an der praktischen Mitarbeit? Nun zu Einzelfragen.

Die Kreisverfassung

ist völlig veraltet und dringend reformbedürftig. Was hat es für einen Sinn, 800 Kreiswahlmänner wie in Mannheim zusammenkommen zu lassen, damit sie ein paar Kreisvertreter wählen.

Unsere Städteverfassung

ist auch veraltet und bedarf dringend einer Reform. Die Bureaucratie ist schuld daran, daß der Gedanke der gemischten Betriebe wieder Eingang findet. Die Bureaucratie hindert die Entwicklung. Der heutige Zustand ist der einer verrosteten Maschine.

Warum brauchen wir in der Gemeinde ein Dreiklassenwahlrecht? Dieser Zustand ist unerträglich und es muß Remedur geschaffen werden. Der jetzige Zustand bewirkt eine Herrschaft der Reichen. Es ist ungerecht, den größeren Steuerzahlern ein größeres Recht auf die Städteverwaltung einzuräumen. Bei der Behandlung unseres diesbezüglichen Antrages wird auf die Frage zurückzukommen zu sein.

Die Wohnungsfürsorge

ist dringend notwendig. Insbesondere sollten die Baugenossenschaften unterstützt werden. Dem Abg. Dietrich kann ich mich nicht anschließen, wenn er meint, daß die politische Gesinnung der Arbeiterschaft durch die Wohnungsfürsorge beeinflusst wird. Ich glaube, daß das politische Denken der Arbeiter durch die Wohnungsreform nicht berührt wird. Denn die Wohnungsreform ist nur ein Teil der sozialen Frage und hängt mit dieser im völligen Zusammenhang. Bedauerlich ist die Tatsache, daß die Baugenossenschaften auf den Rathhäusern vielfach auf Widerstand stoßen. Es kommt dies von dem veralteten Gemeindefürsorge, das den Hausbesitzern einen großen Einfluß auf den Rathhäusern sichert. Gerade dieser Gesichtspunkt gibt Anlaß gegen das Dreiklassenwahlrecht auf den Rathhäusern energisch Front zu machen und auf dessen Abschaffung zu dringen.

Die Erhebung des steuerfreien Einkommens bei der Kommunalsteuer ist zu begrüßen. Man sollte den ganz armen Leuten nicht auch noch Gemeindesteuern aufladen. Die Frage der Elektrizitätsversorgung der Städte ist eine sehr wichtige. Der Einfluß der Privatkapitalisten sollte ausgeschlossen werden und der Staat diese volkswirtschaftlich wichtigen Zweige in die Hand nehmen. Bedauerlich ist, daß der Staat heute immer noch kein Geld für die

Arbeitslosenversicherung

übrig hat, trotzdem der Landtag dies schon zweimal verlangte. Es ist dies bezeichnend für den sozialen Geist der Regierung. Wir begrüßen die Unterstützung der Fischhändler; meinen aber, daß man ebensowohl für die Arbeiterschaft Mittel übrig haben sollte. Nun zur Frage eines

Arbeitswilligenschutzes.

Die diesbezügliche Erklärung der Regierung war ja sehr vorsichtig. Man hätte jedoch trotzdem den Eindruck, daß die Regierung nicht abgeneigt sei, bei einer eventuellen Vorlage, einem solchen Gesetze zuzustimmen. Die Sache liegt nicht so, wie es von der Regierung dargestellt wird. Gewiß kommen manchmal Ausschreitungen vor. Die Urteile hierüber sind jedoch heute schon geradezu dramatisch und überschreiten alles Maß. Die Arbeiterschaft steht heute schon durch die Gewerbeordnung unter einem Ausnahmsgesetz. Beleidigungen, die sonst fast straffrei bleiben, werden aus härteste bestraft, wenn sie von einem Streikenden gegenüber Streikbrechern begangen werden. Wie verhängenartig die Beurteilung von Streiks ist, konnte man am besten neulich erleben, als ein Gericht einen Arzt freisprach, weil er einen arbeitswilligen Kollegen Streikbrecher hieß, indem es ihm den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zusprach, während gleichzeitig ein Arbeiter wegen eines gleichen Vergehens zu hoher Strafe verurteilt wurde. Ich möchte daran erinnern,

wie die kartellierte Industrie gegen die nicht kartellierte Unternehmer vorgeht. Dies ist scharfster Terrorismus. Außerdem sollte man berücksichtigen, daß unsere heutigen Schulen den Arbeitern nicht die Bildung geben, um ihnen den Begriff solcher Delikte beim Streik völlig klar zu machen. Die Unternehmer wollen den Arbeitswilligenschutz nur, um den Streik überhaupt zu verbieten. In der Frage des Arbeitswilligenschutzes sind mit uns alle Arbeiter ohne Unterschied, mit Ausnahme der Gelehrten, gleicher Ansicht. Ich möchte daher die Regierung dringend bitten, gegen ein eventuelles Arbeitswilligenschutzes entschieden Front zu machen. Die Zahl der

Schwiebungen

geht zurück, sobald die Verhältnisse schlechter werden. Die Beamten kommen erst mit 25 Jahren in den Besitz von besseren Gehältern. Und wie liegen erst die Verhältnisse bei den Arbeitern? Wie sollen denn diese Leute, selbst die besserbezahlten, geschweige die mit geringeren Löhnen, leben? Die wirtschaftlichen Verhältnisse drücken hier den Verhältnissen den Stempel auf. Dies ist die Ursache des Geburtenrückgangs. Für eine

Bekämpfung der Schuldlitratoren

die mehr verbreitet ist, als man glaubt, treten wir ein. Ebenso sind wir auch für eine Bekämpfung der Schuldlitratoren. Die Polizei halten wir jedoch nicht für die geeignete Instanz. Die Städte sollten vorgehen und Kinoverbände zwecks eigener Regie gründen. Insbesondere sollte für den Schutz der Kinder gegen die Kinogefahren gesorgt werden.

Zum Schluß möchte ich die Großh. Regierung nochmals auf-

fordern, uns nicht als Staatsbürger zweiter Klasse zu betrachten. Sie schadet damit nicht nur sich, sondern dem nationalen Empfinden, an dem auch wir teilnehmen. Gerade durch eine ungleichartige Behandlung wird der Miß im Volke, den sie nicht wünschen, vergrößert. (Beifall.)

Abg. Hummel (F. Sp.): Die Rede der Ahetorik gebührt zweifellos Herrn Köhler, wenn er sie auch in seiner Bescheidenheit nicht beanpruchte. (Beifall.) Die Bemerkungen des Ministers über das Verhalten des Mannheimer Bezirksamts zum Schutzmannband entsprechen nicht unseren Auffassungen von der staatsbürgerlichen Freiheit. Die Gendarmerie sollte ihre Aufgaben nicht intruieren werden. Die Gendarmerie wünscht, wie andere Berufe, in alle Landesteile verstreut zu werden. Herr Abg. Köhler zeigte uns, daß die konfessionelle Scheidung eine sehr starke ist. Jedenfalls wird diese Scheidung von nationalliberaler Seite stärker betont als von anderer. Die konfessionelle Schule erfüllte ihren Zweck nicht.

Abg. Schwölbe (Kons.) bemerkt, daß er die Ausführungen des Abg. Köhler unterstütze. Der Regierung sei die Anerkennung auszusprechen.

Abg. Dr. Gerber (Nat.) spricht über das Verhältnis von den Bezirksärzten zu den Ärzten. Das Verhältnis der Bezirksärzte ist ein durchweg lokales. Wenn gewünscht wird, daß die Bezirksärzte als voll bezahlte Beamte angestellt werden, so möchte ich diesen Wunsch kräftig unterstützen. Die Ausbildung der Hebammen ist heute gut und weitaus besser als früher. Der Redner tritt für die Lösung der wirtschaftlichen Lage der Hebammen ein. Die Pflanzschule der Gendarmerie ist anzuerkennen; eine materielle Verbesserung der Gendarmen ist zu begrüßen. Die Titulatur der Gendarmen sollte geändert werden. Das Verbot des Spiels für die Gendarmen ist aus Gründen der Disziplin gerechtfertigt.

Abg. Duffner (Zentr.): Der Zuwachs des Zentrums bei den letzten Landtagswahlen gefällt den Sozialdemokraten nicht. Die Werbestraft des Zentrums wird von seinen Gegnern unterschätzt. Es kommt gewöhnlich anders als man prophesiert. Es ist unrichtig, wenn dem Zentrum Mangel an Geschlossenheit vorgeworfen wird. Der Redner ergeht sich in verschiedenen Spezialfragen.

Abg. Wötter (Soz.):

Ich habe mir lediglich vorgenommen, nur noch einige Punkte kurz zu streifen. Die

Wohnungsfrage

verdient eine hohe Beachtung. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die sozialen Uebel gemildert werden müssen. Die Baugenossenschaften sollten daher weitgehend unterstützt werden. Der Minister sollte deshalb weiter gehen, als er es nach seinen getriggen Ausführungen beabsichtigt. Der Landeswohnungsinспектор ist ebenfalls der Ansicht, daß in Bezug auf die Baugenossenschaften mehr geschehen sollte. Die Erstellung von Eigenhäusern hat ganz bedenkliche Schattenseiten. Wenn uns der

Geburtenrückgang

mit Sorge erfüllt, so sollte besonders an die Wohnungsfürsorge gedacht werden. In Hand einer Statistik über die englischen Verhältnisse läßt sich nachweisen, daß die Wohnungsfürsorge in nahem Zusammenhang mit der Geburtenfrage und der Volksgesundheit steht. Der Herr Abg. Köhler machte verschiedene interessante Ausführungen. Merkwürdig berührt nur, daß das Zentrum in seiner praktischen Tätigkeit im Reichstag und im Landtag ganz andere Wege geht. Die Partei des Herrn Köhler war es, die im Reichstag gegen unsere Vor schläge bei der Mutterkassensicherung stimmte und auch die Nationalliberalen sich hierbei nicht ausnehmen. Das Zentrum war es auch, das im letzten Landtag gegen die Krankenkasse für die Landarbeiter stimmte. Die Bemerkungen des Herrn Köhler über notwendige Reformen erhalten so eine eigenartige Färbung. Bei der

Zürsorgeerziehung

halten wir eine individuelle Erziehung für nötig, wie wir auch die Erziehung in der Familie einer solchen in der Zwangserziehungsanstalt vorgehen. Man sollte der Erziehung in den Zwangserziehungsanstalten erhöhte Aufmerksamkeit schenken, da Beschäftigungen vorkommen, die mit dem Gesetz in Widerspruch stehen. So sind nach dem Bericht der Gewerbeinspektion in einer Zwangserziehungsanstalt Fälschung mit Steinarbeiten beschäftigt worden, die nachher verkauft wurden. Dies darf nicht vorkommen. Bei der Zusammenkunft der

Kreiswahlmänner in Mannheim

handelte es sich nicht um eine politische Demonstration. Der Minister gab Verkehrsbehindernisse als Motiv des Verbotes an. Es scheint, daß jedoch auch politische Gründe eine Rolle spielten. Dies treibt Erbitterung in die Arbeiterschaft, die sich hierdurch als nicht gleichberechtigt behandelt sieht. Weiter möchte ich darauf hinweisen, daß heute vor allem Beachtung verdienen die

Schwindelkrankenkassen,

die vor allem die Landbevölkerung schädigen. Die Großh. Regierung würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie gegen solche Schwindelkassen vorgeht. Die

Vollstufürsorge

ist ein Unternehmen, dessen Errichtung notwendig war. Die Arbeiterschaft hat das Recht, ein solches Werk ins Leben zu rufen. Die Vollstufürsorge dürfte im gleichen Verhältnis zu uns stehen, wie die „Leofage“ zur Zentrumspartei. Die Vollstufürsorge ist ein unabhängiges Unternehmen. Wenn ein Gewerkschaftsartikel bei den

Krankentafelwesen

selbständig vorgeht, so hat es das Recht, von seinen Mitgliedern zu verlangen, daß es für seine Liste eintritt. Es ist dies eine berechtigte Forderung. Sonderbar ist es, daß die Berechtigung ausgerechnet von dem Abg. Köhler bestritten wird, der einem

Berein angehört, der es seinen Mitgliedern zum Zwang macht, den „Beobachter“ zu lesen. Die Meinungen des Ministers über den

Arbeitswilligenschutz

werden bei den Arbeitern keinen Beifall finden. Sowohl bei uns wie bei den Arbeitern anderer Parteirichtung wenden sich die Arbeiter entschieden gegen ein Arbeitswilligenschutzesgesetz. Gerade in dieser Frage ist sich die Arbeiterschaft völlig einig. Die jetzigen Bestimmungen enthalten, wie mein Parteifreund Kolb bereits bemerkte, schon Ausnahmsbestimmungen gegen die Arbeiterschaft, jedoch sie sich gegen jede weitere Verschärfung entschieden zur Wehr setzen muß. (Beifall.)

Abg. Götner (F. Sp.) tritt für die Förderung des Wohnungswezens ein. Hierfür sollten beigezogen werden Mittel aus der Amortisationskasse, die Landesversicherungskasse, die Mittel der Angestelltenversicherung. Das Geld sollte nicht nur den Genossenschaften, sondern den Gemeinden und auch Privaten gegeben werden.

Abg. Müller-Elsenz (Nat.) macht einige Bemerkungen über die Wohnungsfrage. Der Redner tritt für eine Junggeleitensteuer ein. Der Redner ist auf der Tribüne unverständlich.

Nächste Sitzung: Montag nachmittag 4 Uhr. Fortsetzung der Debatte.

Schluß der Sitzung: 1 1/2 Uhr.

Die Wahlprüfungskommission

der Zweiten Kammer tritt am Dienstag zur Beratung über die angefochtenen Wahlen zusammen.

Badische Politik.

Eine Zurechtweisung der Regierung.

In seiner gestrigen Rede zum Etat des Ministeriums des Innern, ging Genosse Kolb in kurzen, jedoch schlagkräftigen Ausführungen auf die Bemerkungen ein, die vorgestern Minister v. Bodmann über seine Stellung zu einem eventuellen Arbeitswilligenschutzesgesetz machte. Nachdem er auf die vorsichtige Sprechweise der Regierung in dieser Frage aufmerksam gemacht hatte, aus der man jedoch gerade noch zur Genüge herauslesen konnte, daß die badische Regierung einem Arbeitswilligenschutzesgesetz nicht ablehnend gegenübersteht, ging Gen. Kolb der gesamten Frage scharf zu Leibe. Von der Feststellung ausgehend, daß die Arbeiterschaft bereits durch den § 153 der Gewerbeordnung unter einem Ausnahmsgesetz steht, streifte er die Tatsache, daß bei der Beurteilung von Streikvergehen zweierlei Maßstäbe bei Angehörigen der sog. höheren Schichten und denen der Arbeiterschaft angelegt werden, um schließlich darauf hinzuweisen, welcher Terrorismus gerade von jenen ausgeübt wird, die nach einem Arbeitswilligenschutzesgesetz scharren. Mit Recht wies dann noch Genosse Kolb, ebenso wie der weitere Redner der Sozialdemokratie, Genosse Böttger, darauf hin, daß durch ein Arbeitswilligenschutzesgesetz die Arbeiterschaft ohne Unterschied der Richtung getroffen würde, so daß in dieser Frage eine völlige Einheit bei der Arbeiterschaft bestehe, was übrigens auch der Abg. Köhler, vom Zentrum bestätigte. Die Ausführungen der Abg. Kolb und Böttger in dieser Frage bewiesen der Arbeiterschaft ohne Unterschied wieder einmal, daß die Sozialdemokratie keine Minute außer Acht läßt, um die Gefahren für die Arbeiterschaft zu beseitigen, während sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien in Kleinram verlieren. Die badische Regierung wird jedoch, wie wir hoffen, in dieser Frage gelernt haben.

Bad. Staatsbahn.

Die „Karlsruher Zeitung“ weist gestern in einem offiziellen Artikel die Angriffe zurück, die in der letzten Zeit in der Presse gegen die preussische Eisenbahnverwaltung wegen Bevorzugung der linksrheinischen Bahnlängen im Schnell- und Güterverkehr zum Nachteil der badischen Staatsbahn erhoben worden waren und betont dabei, daß das gegenwärtige Verhältnis zwischen der Reichsbahn und der preussischen Staatsbahn einerseits und der badischen Staatsbahn andererseits ein durchaus freundschaftliches sei.

Stimmt nicht.

In einem Artikel über den Brief des Kardinals Ropp schreibt der „Bad. Beobachter“ u. a.:

„In der Gewerkschaftsfrage können wir uns nur an das halten, was bei uns seit ihrem Bestehen Mechtens war, was die Enzyklika des Papstes prinzipiell nicht rührt, sondern zuläßt, was unser Erzbischof als zulässig u. einwandfrei nie mißbilligt hat.“

Diese letztere Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Keiner der deutschen Bischöfe hat je ein solch scharfes mißbilligendes Urteil über die christlichen Gewerkschaften ausgesprochen, wie der Erzbischof Dr. Körber in Freiburg, der die christlichen Gewerkschaften in seinem Begleitreiben zum Fuldaer Pastoral als Vorstufe der Sozialdemokratie charakterisierte und das Wort christlich als bloßen Aufhängeschild bezeichnete.

Beißt der „Bad. Beobachter“ das nicht mehr, oder tut er nur so?

Zu den Kalifunden in Baden.

Nach amtlichen Meldungen haben die Kalifunden in Baden recht günstige Erfolge gezeitigt. In der Nähe von Müllheim wurden bei einer Tiefe von 400 Meter mehrfache Lager von Steinalz durchbohrt, mit zunehmender Tiefe nimmt die Mächtigkeit und Güte des Kalis zu. Nach dem Urteil von Sachverständigen gehört das im Oberland aufgefundenen Kalis zu dem besten von ganz Deutschland. Ermutigt durch diese wider Erwarten günstigen Erfolge, haben sich, wie wir in der „Straßburger Post“ lesen, in neuester Zeit verschiedene Unternehmer wegen Verleihung von Konzessionen an das Finanzministerium in Karlsruhe gemeldet; die badische Regierung glaubte aber mit Rücksicht auf die bevorstehende Neuregelung des Kalisgesetzes eine gewisse Vorsicht walten lassen zu müssen, und hat daher bis jetzt an zwei allerdings hervorragende und sachkundige Bewerber Konzessionen für Tiefbohrungen, und zwar die eine für das badische Oberland in der Gegend von Müllheim — Lörrach, die andere für das Mittelland (Karlsruhe — Bruchsal), erteilt. Mit der Anlegung von Schachtbauten hat ungeachtet der günstigen Kunde noch keiner der beiden Unternehmer begonnen, weil das Schicksal des im Reichstag bereits angeforderten Kalisgesetzes abgewartet werden muß. Daß er für Baden einige besondere Vergünstigungen enthalten wird, hat der Finanzminister Dr. Rheinboldt dieser Tage im Landtag mitgeteilt.

Zentrumschriftliche „Toleranz“.

Die Adventisten veranstalteten in letzter Zeit in Karlsruhe eine Serie von Vortragsabenden, wo eine Reihe auswärtiger Redner bezw. Prediger sprachen. Die Adventisten sind eine religiöse Sekte, die an die baldige Ankunft Christi (adventus = die Ankunft) zur Aufrichtung des tausendjährigen Reiches glauben und die als Ruhetag nicht den Sonntag, sondern wie die Juden den Samstag (Sabath) feiern. Diese Vorträge gaben nun dem „Bad. Beobachter“, Zentralorgan der Zentrums-Partei, Veranlassung, in der Nummer vom 24. Januar gegen die Adventisten vom Leder zu ziehen. Die Adventisten werden da „Seher“ und alles mögliche geheißt und die Frau des einstigen Gemeindefürstlichen der Adventisten, Frau Ellen White, ein „histerisches Weib“ tituliert.

Es ist nicht unsere Aufgabe, die Sache der Adventisten zu verteidigen, unsererwegen kann jeder nach seiner Façon selbige werden, und wenn von katholischer Seite die Sache lediglich im „Kathol. Volksboten“ in dieser Weise behandelt worden wäre, würden wir das ganz begreiflich finden. Denn jede Religionsgemeinschaft ist im alleinigen Besitz der seligmachenden Heilswahrheiten und hat das Recht, andere Gemeinschaften zu bekämpfen. Und jede hat Recht von ihrem Standpunkt aus. Aber das Zentralorgan des badischen Zentrums, das bekanntlich keine konfessionelle Partei sein will, geht noch weiter. In seiner Nummer vom 26. Januar schreibt das Blatt:

Im Café Nowak finden Adventistenpredigten statt, zu denen auch Katholiken Einladungen erhalten. Wir machen darauf aufmerksam, daß aus dem Lokal nicht auf eine Empfehlung der Vorträge geschlossen werden kann. Bereits ist auch von geistlicher Seite vor den Vorträgen gewarnt worden. Wie gerade das katholische Vereinshaus dazu kam, den Adventisten seine Pforten zu öffnen, wird noch einer genaueren Feststellung bedürfen.

Man sieht hier, was es mit der zentrumschriftlichen „Toleranz“ auf sich hat. Wie uns mitgeteilt wird, haben die Adventistenprediger die 8 Tage im Hotel Nowak zur besten Zufriedenheit gewohnt und es ist naheliegend, daß der Besitzer ihnen keine Räume zu ihren Veranstaltungen zu verweigern keine Veranlassung nahm, denn er ist doch Geschäftsmann und wer die Veranstaltungen nicht besuchen will, kann ja wegbleiben. Außerdem sind die Adventisten nicht auf das Hotel Nowak angewiesen. Sie gehen einfach wo anders hin, wenn sie den Nowak nicht haben.

Welchen Krakehl würden Zentrum und katholische Kirche machen, wenn man ihnen Lokale zu ihren Zwecken verweigern würde, sie, die alle Rechte und Freiheiten für sich in Anspruch nehmen. Aber es ist eine alte Sache, Alersei und Zentrum sind nur da tolerant, wenn sie in der Minorität sich befinden. Haben sie mal die Macht in Händen, ist es aus mit der Toleranz. Davon glauben wir mit obigem Bildchen den Beweis für eine bereits zur Genüge bekannte Tatsache erneut erbracht zu haben.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 30. Januar.

Am Bundesratssitz befinden sich zunächst nur Kommissäre. Präsident Dr. Koempel eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anträge.

Auf die Anfrage des Abg. Trendel (Zentr.) nach klaren Bestimmungen über die Festlegung des Wehrbeitrages einverleibte Unterstaatssekretär Zahn, die jetzt festgestellten Vermögen zur Wehrsteuer sind auch bei der Erhebung der zweiten Rate 1917 unverändert zu Grunde zu legen in dem Maße, daß ein Vergleich zwischen dem jetzt und dem am 31. Dezember 1916 zu ermittelnden Vermögen vorzunehmen ist. Diese Auffassung hat seinerzeit schon der Reichschatzsekretär zum Ausdruck gebracht.

Die Gratulanten.

Wenn irgendwo Geburtstest ist Und ihr wollt gratulieren, Dürft ihr auf Allerhöchsten Dank Nicht immer reflektieren. Und seid ihr ein Parlament Mit 400 Mandaten So seid ihr Volksvertreter nur Und Er — von Gottesgnaden. Die Nachricht ist gewiß verflücht Bezüglich „ignorieren“ Vielleicht läßt Er durch seinen Sohn Den Dank — telegraphieren! Die Allerhöchste Bildung zeigt Hier eine große Lücke! Der Reichstag stiftet nächstes Mal Das Anstandsbuch von Knigge. Fröh.

Theater und Musik.

Vachverein Karlsruhe.

Dieser srebame gemischte Chor, der es sich zur schönen Aufgabe gemacht hat, eine liebevolle Pflegestätte den wertvollen Klaffern, besonders aber J. E. Bach, zu bereiten, gab am Mittwochabend sein 28. Konzert in der evangelischen Stadtkirche. Das Konzert war im Geste „Bach-Mozart“ gehalten und wurde in seinem Programm von Bachschen Kantaten und von Kirchengesängen Mozarts beherrscht. Der erste Teil umfaßte die Kantaten: „Nun komm, der Heiden Heiland“ und „Meinen Jesum laß ich nicht“. Jeder dieser Kantaten ging das angepöbte „Choralvorspiel“ (Orgel) voraus. Im zweiten Teil bekamen wir Mozarts „Missa brevis“ (B-dur) und das „Auntum ergo sacramentum“ zu Gehör. Diese Kompositionen, für Soli, Chor, Orgel und zum Teil auch für Streichsinstrumente, zeugten so recht von der Gefühlstiefe und berglichen Innigkeit ihrer Schöpfer und wurden auch in diesem Sinne von dem bewährten Leiter der Vachvereins-Konzerte, Hofstadtmusikdirektor Max Wrauer, klar und vorbildlich ausgedeutet. Bach oder Mozart, — einem jeden wurde er in seiner Eigenart gerecht. Eine feste Stütze für das Gelingen des Programms bildete in erster Linie der trefflich geschulte Chor des Vachvereins. Mit anerkennenswerter Routine findet er sich in den klassischen Stil des Konzertes eines Bachs oder Mozarts hinein und zeugt dadurch, mit welcher Raffinesse Wrauer die alte Gesangs-kunst bei seiner begabten Sängerschaft zu pflegen verstand. Auch die Streichsinstrumente. Mitalieder unsere Sinfonie-

Es folgt dann die Anfrage des Abg. Siffart, über die an anderer Stelle des Blattes berichtet ist.

Hierauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern bei dem Titel Gehalt des Staatssekretärs fortgesetzt.

Abg. Weinhausen (F. Vp.): Wir stimmen alle mit dem Staatssekretär darin überein, daß eine verständige Sozialpolitik zu treiben ist. Eine Erweiterung des Arbeitswilligenschutzes können wir aber nicht dazu rechnen; ebenso nicht eine Begünstigung der gelben Gewerkschaften, die gestern von nationalliberaler Seite so sehr gelobt wurden. Wenn wir gegen die Arbeitswilligenschutzes-Resolution der Konservativen stimmen, so billigen wir dadurch keineswegs den Terrorismus und den Boykott. In Bezug auf Sozialpolitik sollte keine Ruhepause eintreten, höchstens eine Atempause. Die Zahl der gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen sollte vermehrt werden; dadurch würde mancher festspielige Prozeß vermieden werden. Die sozialpolitische Gesetzgebung muß auch auf die in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten ausgedehnt werden. Die Arbeiter wollen Recht und nicht immer nur Wohlwollen. Wir bitten, unsere Resolution, die eine ganze Reihe der Wünsche der Staatsarbeiter enthält, anzunehmen. Ferner wünschen wir die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersversicherung auf das 66. Lebensjahr. Auch für die Heimarbeiter muß mehr geschehen. Das Schulalter der Jugendlichen muß bis zum 18. Lebensjahr heraufgesetzt werden.

Abg. Dembel (Pol.): Bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern muß der Verhandlungsmann eingeführt werden, damit Arbeitsstörungen möglichst vermieden werden. Der oberste Reichsgerichtsrat hat die Notwendigkeit der Einführung derartiger Verhandlungen deutlich gezeigt. Der dortige Streit war nicht bloß eine Folge von Lohnstreitigkeiten. Auch viele andere Mängel führten zu dem Konflikt. So wurden die Arbeiter gezwungen, an katholischen Feiertagen zu arbeiten, wenn sie nicht ihre Kündigung erhalten wollten. Was die Bergarbeiterzentrale Gutes geschaffen hat, wird vom Osmarverein wieder ruiniert. Die Polenpolitik ist verfehlt. Die Regierung sollte endlich diesen Weg verlassen. (Beifall den Polen.)

Abg. Bernuth (Reichsp.): Es ist zu bedauern, daß das Kunsthandwerk gegenüber den Künstlern nicht recht aufkommen kann. Das liegt zum Teil daran, daß sich das Publikum im Bedarfsfälle direkt an die akademischen Künstler wendet, jobas schließlich der Kunsthandwerker nur das ausführende untergeordnete Organ bleibt. Wir verlangen ein Depositionsgesetz zum Schutz der Depositionen kleiner Leute. (Beifall rechts.)

Abg. Behrens (B. Vg.): Der bisherige Schutz der Landwirtschaft muß auf den Wein- und Gartenbau ausgedehnt werden. Der Staatssekretär mag uns einmal darlegen, in welcher Weise unsere Sozialpolitik zu dem wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen hat. Die Leistungsfähigkeit und auch die Kaufkraft der Arbeiter hat erheblich zugenommen. Die Reichsversicherungsordnung muß mehrfach geändert werden. Die Altersgrenze muß bei der Altersversicherung auf 65 Jahre herabgesetzt werden. Das Krankenpflegepersonal muß eine gesetzliche festgelegte Aufzucht bekommen. Für den Arbeitswilligenschutzes und das Konfliktrecht halten wir weitere gesetzliche Maßnahmen nicht für erforderlich. Die Banksticht der Arbeiter läßt sich nur durch Hebung der Werkschönung der Landarbeiter beheben. Zunächst muß das Recht der Landarbeiter modernisiert werden. Ein allgemeiner Erntestreit ist nicht zu befürchten. Ein solcher Streit würde stets ein politischer sein.

Abg. Bed (Nat.): Wir bitten, uns hier im Reichstag bezüglich Behandlung der Abmachungen zwischen Ärzten und Krankenkassen möglichst Zurückhaltung auferlegen zu wollen. Die Ärzte wollen den Frieden und auch die Kassen haben den festen Willen, an dem Abkommen festzuhalten. Die medizinische Prüfungsordnung muß dahin abgeändert werden, daß das zweite halbe Jahr als einjährig-freiwilliger Arzt auf das praktische Jahr angerechnet wird. Die Errichtung besonderer Lehrstühle für soziale Medizin halte ich nicht für erforderlich. Man sollte nicht immer einseitig für einen bestimmten Schutzoll eintreten. Dasselbe Recht, das die Landwirtschaft beansprucht, gehört der Industrie. Unser Zolltarif hat sich sehr gut bewährt und gerade wir Ärzte, die wir in so viele Familien hineinschauen können, vermögen zu beurteilen, daß es in volkswirtschaftlicher Beziehung bei uns vorwärts gegangen ist. Unsere Schutzollpolitik bildet die Grundlage für eine gesunde Sozialpolitik.

Es trugen durch ihr vollendetes Spiel wesentlich zur Erhöhung der klanglichen Vollkommenheitwirkung bei. Die Solisten des Abends, nicht immer allen Anforderungen restlos entsprechend, ließen es zwar am guten Bestreben nicht mangeln, paßten sich aber anerkennenswerter ihren Aufgaben an. Der Orgelpart lag bei Theodor Warner. Als ein vollendetes Künstler auf diesem Instrument war ihm die allgemeine Anerkennung wieder sicher.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Samstag, 31. Jan. 81. Vorst. auf. Ab. Einmaliges Gastspiel des Hgl. Schwed. Kammerjägers John Forsell von Stockholm: „Don Juan“, große Oper in 2 Akten von Mozart. Don Juan: Kammerjäger John Forsell a. G. Anfang 7 Uhr, Ende 11 Uhr. Sonntag, 1. Febr., nachm. 2 Uhr. 82. Vorst. auf. Ab. Ermäßigte Preise: „Orf Papst“, ein Lustspiel in 3 Akten aus dem Jahre 1806 von Sautel und Palm. Anfang 2 Uhr, Ende gegen 4 Uhr. Abends 8 Uhr: A. 33. „Statt Lohengrin“ „Carmen“, große Oper in 4 Akten von Bizet. Anf. 6 Uhr, Ende 10 Uhr. Montag, 2. Febr. C. 34. „Weh dem, der lügt“, Lustspiel in 5 Akten von Grillparzer. Anfang 1/8 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. Dienstag, 3. Febr. B. 36. „Der fliegende Holländer“, romantische Oper in 3 Akten von Wagner. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. Donnerstag, 5. Febr. A. 35. „Wallensteins Lager“, dramatisches Gedicht in 1 Akt von Schiller. — „Die Piccolomini“, Schauspiel in 4 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Ende nach 11 Uhr. Freitag, 6. Febr. C. 35. „Margarete“, große Oper mit Ballet in 5 Akten von Gounod. Anfang 7 Uhr, Ende 11 Uhr. Samstag, 7. Febr. A. 36. „Wallensteins Tod“, dramatisches Gedicht in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Ende nach 11 Uhr. Sonntag, 8. Febr. B. 37. „Die Zauberflöte“, Oper in 2 Akten von Mozart. Anfang 1/7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. Montag, 9. Febr. C. 36. „Sufarensieber“, Lustspiel in 4 Akten von Kadelburg und Stouronnel. Anfang 1/8 Uhr, Ende 10 Uhr.

Voranzeige: Montag, 16. Febr., abends 8 Uhr: Einziges Konzert von Madame Yvette Guilbert unter Mitwirkung der Tänzerinnen Mesdemoiselles Bindelin, Doris, Diaz, Loreau, Bronon und Louis Fleury (Pöte) — Daniel Zeisler (Klavier) sowie des Großh. Hoforchesters.

In Baden-Baden: Mittwoch, 4. Febr. 19. Ab. Vorst. „Cavalleria rusticana“, Melodrama in 1 Akt von Mascagni. — „Der Bajazzo“, Drama in 2 Akten und einem Prolog von Mascagni. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Am Ausland sehen wir, daß ein landwirtschaftlicher Aufschwung auch ohne Hochschutzzölnerie eintreten kann. Unser Schutzoll hat uns in den Jahren 1906/08 nicht vor einer schweren Krise beschützen können. Niemand ist die Arbeitslosigkeit größer gewesen, als nach dem Inkrafttreten des Zolltarifs. Für Deutschlands Aufschwung hat nicht der Schutzoll georgt, sondern die Intelligenz seiner Arbeiterklasse. Eigenartig ist es, daß die Verteidiger des Hochschutzzolls auch die Auser im Streit um das Zuckersteuergesetz sind. (Sehr gut.) Man mag sich noch so sehr sträuben, die Entwicklung der Lage drängt dazu, daß man sich endlich auch der Arbeitslosen annimmt, um nicht eine Inflation von nationaler Kraft zugrunde gehen zu lassen.

Präsident Dr. Kämpf erteilt dem Abg. Ledebour eine Rüge, weil er den Ausdruck Schwindel in Verbindung mit Minister und Staatssekretär gebraucht hat.

Abg. Gumminger: Im Interesse der Mägder-Milchproduzenten müßte ein besserer Schutz für Milch, Butter und Käse geschaffen werden. Hier genügt die Selbsthilfe allein nicht. Der gesamte Bauernstand kann nur bei einigermaßen rentablen Preisen bestehen und die sind nur durch den Schutzoll möglich.

Reichsbankpräsident Havenstein: Es ist die Vorlage eines Gesetzes zum größeren Schutz der Bankgläubiger gefordert worden. Ein solches Gesetz ist aber nicht zu empfehlen. Das Strafgesetzbuch schützt schon die Bankgläubiger vor Untreue und Verschleierung. Eine staatliche Kontrolle würde eher schaden als nützen, da es nicht anständig ist, einzelne Banken auf einfache Gerichte hin zu kontrollieren; dadurch würden sie das Vertrauen des Publikums völlig verlieren. Eine Kontrolle der Banken ist nicht denkbar, da schon die Revision kleinerer Banken eine ungeheure Arbeit darstellt. Eine beschränkte Kontrolle hätte aber gar keinen Zweck. Eine wirksame Kontrolle würde ein sehr geschultes Revisionspersonal erfordern. Das Vertrauen des Publikums würde schwinden und die Folge wäre nicht eine Sicherung der Bankguthaben, sondern weitere Zusammenbrüche. Die soliden kleineren Banken haben ein großes Verdienst um die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens. Ihre Liquidität ist gewachsen und die Reichsbank wird stets dahin wirken, daß die Solidität der Kreditgewährung und damit eine Sicherung der Bankguthaben gegeben ist. Eine gesetzliche Regelung der Frage würde mehr oder weniger schematisch sein. Darauf wird die Weiterberatung auf morgen Samstag 12 Uhr vertagt.

Kommunalpolitik.

Der Millionenkurs in Freiburg genehmigt. Der vom Stadtrat geforderten städtischen Anleihe im Betrage von 10 Millionen Mark stimmte der Bürgerausschuß in seiner Sitzung vom Freitag ab. Von sozialdemokratischer Seite wurde hierzu eine Resolution eingebracht, die 1200 000 Mk. aus der festigen und einer früheren Anleihe zur Errichtung eines Volkshades forderte. Sie wurde wieder zurückgezogen, als der Oberbürgermeister erklärte, der Bau des Volkshades werde sobald als möglich erfolgen. Der Bürgerausschuß bemängelte weiter einen außerordentlichen Solzhieb in den städtischen Einnahmen, der, auf mehrere Jahre verteilt, 700 000 Mk. Reinerlös bringen soll. Ferner wurden für den Ausbau des Artillerie-Depots 8800 Mk. bestimmt.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 31. Januar.

Bildungsausschuß.

Zu dem Symphoniekonzert, das nächsten Mittwoch, abends halb 9 Uhr, in der Festhalle stattfindet, sind Karten zu 25 Pf. in der Geschäftsstelle des „Volksfreund“ zu haben.

Die Freireligiöse Gemeinde Karlsruhe hat ihre nächste Sonntagsfeier am Sonntag den 1. Februar in Saale der Lage, Gebelstr. 21, wofelst Herr Dr. Carl Weich über: Die freie Religion und das Heiligtum des Hauses (Cheproum) in seiner bekannten fesselnden Weise sprechen wird. Musikalische Darbietungen beliebiger Karlsruher Künstler umrahmen den Vortrag. Hierzu ist jedermann freundschaftlich eingeladen.

Neuwahl des 2. Bürgermeisters. Da die Amtszeit des 2. Bürgermeisters am 23. n. M. abläuft, wird Logarithm zur Neuwahl eines 2. Bürgermeisters durch den Bürgerausschuß auf Montag, 9. Februar, abends 6—7 Uhr, in den großen Rathsaussaal anberaumt.

Die Eisbahn im Stadtpark ist heute nachmittag be-nützlichbar.

Neub. In der Nacht zum 30. I. M. früh gegen 3 Uhr wurde einem hier wohnhaften Schlosser in der Erbringstraße hier seine Taschenuhr im Werte von 18 M. geraubt. Die Fäher, ein former aus Nisch und ein Artist aus Mannheim, konnten im Laufe des gestrigen Tages ermittelt und festgenommen werden.

Durch einen Wurf mit einem Bierglas wurde heute früh 12 1/2 Uhr in einer Wirtschaft der Karl-Friedrichstraße eine Denkmünze von hier durch einen Maschinenschlosser am Kopfe erheblich verletzt.

Veranstaltungen.

Kolossium. Gastspiel der Erl-Wühne. Heute Samstag gelangt die Komödie „Der heilige Florian“, fatterische Pöffe, zur Aufführung. Dieses Stück ist in Berlin und Wien mit durchschlagendem Erfolg gegeben worden. — Morgen Sonntag nachmittag 4 Uhr wird das Volksstück „Kater Jakob“ in Szene gehen, während abends 8 Uhr „Die Bildhauer von Hollergrund“ gegeben wird. Dieses Stück hat sich bei seiner Erstaufführung einen durchschlagenden Lacherfolg erungen. Montag findet eine Wiederholung von „Im Himmelhof“, Volksstück mit Gesang und Tanz, statt. Am Dienstag, 3. Februar, wird „Der heilige Florian“ nochmals gegeben werden.

Arbeiterbildungsverein. Montag, 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, spricht im Hause des Vereins, Wilhelmstraße 14, Herr cand. ing. Hans Käthling über: „Jugendfürsorge und Jugendpflege“. Der Besuch des Vortrages ist unentgeltlich. Gäste sind willkommen.

Retrospektiv — Lichtspiele. Das neue Programm ist ein ganz besonders vielseitiges und vorzügliches zu nennen. Es bringt zur Abwechslung einen immer gern gesehenen Sherlock Holmes-Schlager und eine hervorragende Komödie, neben manchen anderen guten Nummern in einem großen Doppelschlager-Programm. Siehe auch Inserat. Ein Besuch dürfte diesmal also besonders lohnend sein.

Reisentheater. Nachdem die lustige „Maue Maus“ nun Abschied genommen, erscheint als neue große Nummer ein zu Herzen gehendes Drama „Der Weg des Lebens“ auf dem Programm. Die Handlung ist rührend und spannend bis zum Schluß. Die Darstellung gewinnt durch die Mitwirkung der berühmten Film-Dragedin Gemma Porten, die in diesem Stück die Hauptrolle inne hat. Das neue Programm bietet außerdem noch eine Fülle von Filmen, neuen und heiteren Charakteren.

Der Wahlkampf im 7. badischen Reichstagswahlkreis.

Aufruf!

Der Wahltag steht vor der Türe. Alle Parteien haben fieberhaft gearbeitet. Das Zentrum hat in seiner bekann-

Am morgigen Sonntag, 1. Februar, finden folgende Versammlungen statt:

Bezirk Offenburg.

- Offenburg abends 8 Uhr in der „Mischelhalle“, Oppenau nachmittags 4 Uhr im „Lore“, Zell a. H. vormittags 10 Uhr im „Bad. Hof“, Eglersweiler nachmittags 1/2 Uhr in der Brauerei Litz, Unterhammersbach nachmittags 1/3 Uhr in der „Blume“, Krieffen abends 8 Uhr im „Posthorn“, Vibernach nachmittags 3 Uhr im „Kreuz“, Fessenbach abends 7 Uhr in der „Traube“, Gengenbach nachmittags 4 Uhr in der „Linde“, Schutterwald abends 8 Uhr in der „Krone“, Runkelweier nachmittags 3 Uhr in der „Linde“, Zell-Weierbach abends 7 Uhr im „Wald“, Rittersburg nachmittags 3 Uhr im „Vierhaus“, Marlen abends 7 Uhr im „Döhlen“, Hesselhurst nachmittags 3 Uhr im „Schwanen“, Rammersweier abends 8 Uhr in der „Blume“, Milm nachmittags 3 Uhr im „Wald“, Appenweier abends 8 Uhr in der „Krone“, Goldschweier nachmittags 3 Uhr im „Hoch“, Altsenheim nachmittags 4 Uhr in der „Eintracht“, Windischlag abends 8 Uhr im „Schwanen“.

Bezirk Kehl.

- Kehl nachmittags 3 Uhr, Sundheim abends 1/2 Uhr, Diersheim nachmittags 3 Uhr, Regelsdorf nachmittags 1/3 Uhr, Durbach abends 7 Uhr, Weiprechtshofen nachmittags 3 Uhr, Grauelsbaum nachmittags 3 Uhr, Ganau abends 7 Uhr, Helmlingen nachmittags 3 Uhr, Wundschopf abends 7 Uhr.

Ferner finden am Montag, 2. Februar, Versammlungen statt in Kehl und in Oberkirch.

Referenten sind die Genossen: Bechtold, Dr. Frank, Dietrich, Durban, Engler, E. Ged, Geiler, Graf, Kahn, Kolb, Kurz, Leppert, Meier, Mosch, Nixbau, Pfeiffle, Rösch, Süßkind, Weigt, Xrinks und Weber.

Genossen und Anhänger allerorts! Der 1. Februar muß sein ein großer Generalappell vor der Schlacht. Sorgt für guten Besuch der Versammlungen!

Parteigenossen! Nützt den gegenwärtigen Wahlkampf zur Agitation! Werbt Mitglieder für die Partei und Abonnenten für den Volksfreund.

Aus dem Lande.

Durlach.

Der Maskenball des Gewerkschaftskartells am 7. Februar verpöcht, namentlich nachdem er sich jetzt auch noch einer Empfehlung durch den „Bad. Beobachter“ rühmen kann, gut besucht zu werden.

Die Generalversammlung des Feuerbestattungsvereins fand am letzten Donnerstagabend im Krotobil statt. Aus dem Jahresbericht geht hervor, daß die Mitgliederzahl 180 beträgt und daß die Zahl der Eintritte die der Abgänge ausgleicht.

Arzt J. Leuchler, Schriftführer Hauptlehrer Kasper und Kassier Kaufmann K. Wals hier, die sämtlich Beitrittserklärungen entgegennehmen.

Die große Karnevalsgeellschaft hält am morgigen Sonntag ihre erste Damen- und Fremdenführung in der Festhalle ab. Entlingen.

Sozialdem. Verein. Die Parteigenossen werden nochmals auf die heute abend bei Traut stattfindende Versammlung mit Vortrag des Gen. Trinks aufmerksam gemacht. Baden-Baden.

Das 3. Volkssymphoniekonzert findet am Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 1/2 Uhr, in der städt. Turn- und Festhalle statt. Auf dem Programm steht die reizende „Auffnahms-Suite“ von Tschakowsky, eine Kapodie von Franz Liszt und die Liederdichtung Don Juan von Rich. Strauß nach R. Lenau.

Bildungsausschuß. Der letzte Vortrag „Ueber die Geschichte des Sozialismus“ war gut besucht und waren auch alle Teilnehmer vom dem Gebotenen sehr befriedigt.

Offenburg.

Deute abend 8 Uhr im „Anker“ nochmals Flugblattfalten und Avertieren. Gleichzeitig erfolgt die Ausgabe derselben. Genossen, erscheint vollständig!

Wählerversammlung. Auf zum letzten Appell! Auf die morgen Sonntag abend 8 Uhr in der „Mischelhalle“ stattfindende Wählerversammlung sei nochmals hingewiesen.

Albholingen, 30. Jan. Im Anwesen des Landwirts Josef Elbig brach Feuer aus. Sämtliche Rindvieh wurden in den Stall getrieben. Auch kamen fünf Stück Vieh im Feuer um.

Süden, 30. Jan. Im edwärtigen Alter von 90 1/2 Jahren verstarb gestern hier der Alt-Kirchnerrat Josef Mahner.

Mannheim, 30. Jan. Die 69jährige Witwe des Vorarbeiters Huber zog sich beim Wässern am Hofchen, da dieser umfährte, so schwere Brandwunden zu, daß sie starb.

Welschingen, 30. Jan. Monteur Geisler geriet beim Auslösen von eisernen Massen unter einen solchen, wurde am Rücken schwer verletzt und mußte ins Engener Krankenhaus geschafft werden.

Singen a. S., 30. Jan. Der Lokomotivreiniger Steef wurde in der Maschinenhalle von einer ausfahrenden Lokomotive an einen Dampfschieber gedrückt und erlitt schwere Quetschungen.

Steuerbetrug und Kommunaleinkünfte.

Die Erhebung der Wehrsteuer und der damit verbundene Generalpardon bringt auch den Städten neue Einkünfte. So erfreulich das für die Städte ist, ebenso tiefen Einblick läßt dies aber auch auf die Ehrlichkeit der feinen und betuchten Leute zu.

Von einer Stelle, die wir für gut unterrichtet halten müssen, wird uns bestätigt, was man vielfach schon vorausgesehen hatte: Der Generalpardon hat auch in Halle eine solche Fülle von — brauchen wir ausnahmsweise ein Fremdwort — „latenten“ Vermögen und Tageslohn gebracht, daß dadurch unser städtischer Etat dauernd in recht erfreulicher Weise beeinflusst wird.

Es sind Millionen mehr deklariert worden, viele Leute in Halle sind viel reicher als bisher die Steuerbehörde gewohnt hat.

Nette Patrioten, nette Staatsstücken, diese ertappten Steuerbetrüger!

Grubenkatastrophe.

Dortmund, 30. Jan. Auf der Zeche „Achenbach“ im benachbarten Brambauer ereignete sich heute nachmittag kurz vor Schichtwechsel in der 3. Sohle ein größeres Unglück. Das Unglück entstand durch eine Schlagwetterexplosion.

Bisher sind 7 Tote und 11 Schwerverletzte geborgen worden. Es befanden sich nach den allerhöchsten noch ungenauen Angaben 100 Bergarbeiter in dem von der Explosion betroffenen Revier.

Dortmund, 30. Jan. Zu der Schlagwetterexplosion auf der Zeche „Minister Achenbach“ wird noch gemeldet: Das Unglück ereignete sich im Revier 6 des Steigers Rühl. In der Grube befanden sich noch 60—80 Mann, über deren Schicksal noch nichts bekannt ist. Man befürchtet das Schlimmste.

Dortmund, 31. Jan. Auf der Zeche „Achenbach“ im benachbarten Brambauer waren bis 12,30 Uhr nachts 22 Tote und 17 Verwundete, davon zehn Schwerverletzte, geborgen. Die Explosion ereignete sich 6,20 Uhr. Die Verwaltung glaubt, daß keine Toten mehr in der Grube sind.

Dortmund, 31. Jan. Im Dezember 1912 hatte eine Schlagwetterexplosion auf der Zeche „Minister Achenbach“ 50 Tote gefordert und gestern lief wiederum die Kunde von einem neuen Unglück auf der Zeche durch die Straßen. Krankenwagen und Autos bahnten sich den Weg durch die Menschenmenge, die das Revier umlagert.

Neues vom Tage.

Bergwerkunglück.

Breslau, 30. Jan. Auf der Schließengrube ist heute nacht die bei der Abtiefung eines Schachts benutzte Bohre durch Verabstreifen von Gestein zerstört worden. Dadurch wurden zwei Mann getötet und drei leicht verletzt.

Ein Soldat zum Tode verurteilt.

Thorn, 30. Jan. Der Schiffer Josef Strandschewitz von der 4. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 61 ist vom Kriegsgericht der 35. Division in Thorn wegen Raubmordes in zwei Fällen zweimal zum Tode, wegen Raubmordes, Strafenraubs, mehrerer Einbruchsdiebstähle und anderer Diebstähle zu acht Jahren Zuchthaus, Entfernung aus dem Heere und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt worden.

Eine reiche Heirat.

London, 30. Jan. Eine der reichsten jungen Gebirgen Englands, Miss Dorothy Cleveland, deren Vermögen auf mehr als 10 Millionen Pfund geschätzt wird, feierte gestern ihre Hochzeit mit einem 18jährigen jungen Mann namens Clifford Bridge, dem Sohn eines Kupfermeisters, der bisher Angestellter in einem Kohlengeschäft in Colchester war.

Schiffunglück.

Rosfoll, 30. Jan. Der Dampfer „Monroe“ ist heute früh auf der Höhe von Hog-Fjeld in Folge eines Zusammenstoßes mit dem Dampfer „Rantudet“ gesunken. Von Rantudet wurden 85 Passagiere und Mannschaften von der „Monroe“ gerettet. Die Eigentümer des „Monroe“ erklären, daß wahrscheinlich 40—50 Personen umgekommen sind.

Reuhoft, 30. Jan. Amtlich wird gemeldet, daß bei dem Untergang des Dampfers „Monroe“ 25 Passagiere und 21 Mann der Besatzung ertrunken sind. Gerettet wurden 81 Passagiere und 55 Mann der Besatzung.

Rosfoll, 31. Jan. Der Dampfer „Rantudet“ ist mit 60 Ueberlebenden der untergegangenen „Monroe“ eingetroffen. 48 Personen sind ertrunken. Die Ueberlebenden erzählen, daß die „Monroe“ 12 Stunden nach der Kollision im Nebel um 2 Uhr morgens gekentert sei. Verschiedene Leute trieben 1/2 Stunden lang im Eiswasser umher, bis sie von den Booten des „Rantudet“ aufgenommen wurden.

Jahren auf der Bühne.

Paris, 30. Jan. Nach einer Neuhofter Depesche des Neuhoft Herald fand gestern dort die erste Aufführung des Stückes „Jahren von Theodor Schumacher im Adolf-Philipp-Theater statt. Es kam hierbei zu lebhaften Anhebungen. Deutschfreundliche Blätter Neuhofts kritisieren das Stück als stark übertrieben.

Die verhängnisvolle Ladefreie.

Madrid, 30. Jan. Nach einer Meldung aus Lugo in der Nähe von Boecrea in Nord-Spanien hatten Dorfbesohner vergiftetes Kuhfleisch als Nahrungsmittel für Rinder hingeworfen. Eine Zigeunerbande, die das Fleisch fand, verzehrte es. Die Wirkung war verheerend. Der größte Teil der Zigeuner, 20 an der Zahl, starb alsbald darauf.

Neues Verbrechen der „Schwarzen Hand“.

Neuhoft, 30. Jan. Die Bande der „Schwarzen Hand“, von der man seit längerer Zeit nichts vernahm, hat durch eine neue Entführung von sich reden gemacht. Am 17. Januar verschwand plötzlich aus Neuhoft ein reicher Kalifornier namens Francis Clark. Die Familie glaubte, daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei und hatte keine Hoffnung aufgegeben, ihn lebend wiederzusehen. Gestern erhielt nun der Polizeichef in Los Angeles einen Brief der „Schwarzen Hand“, in dem ihm diese die Festnahme Clarks ankündet und zugleich ein Lösegeld von 800 000 Franken für die Freigabe Clarks verlangt. Die Bande beschloß noch die Unverfrorenheit, den Polizeichef zu bitten, die Unterhandlungen zwischen ihr und der Familie Clark zu führen. Die Galtin Clark erklärte sich bereit, das Lösegeld zu entrichten.

Letzte Nachrichten.

Änderung militärischer Dienstvorschriften.

Berlin, 30. Jan. Für die schon angefündigte und vom Reichskanzler in seiner letzten Reichstagsrede erwähnte Nachprüfung der Dienstvorschriften von 1899 über den Waffengebrauch des Militärs im Frieden sind, wie die „Nordd. Allgemeine“ erfährt, zunächst beim Kriegsministerium die notwendigen Vorarbeiten erledigt worden. Gegenwärtig finden unter Bezugnahme der preussischen und der Reichsrechts der Justiz und des Innern kommissarische Beratungen statt. Auch hat sich der Kriegsminister mit den zuständigen Stellen für die nichtpreussischen Kontingente in Verbindung gesetzt, um eine möglichst übereinstimmende in der Fassung der Vorschriften herbeizuführen.

Wahlrechtsdemonstration.

Braunschweig, 30. Jan. Gestern nachmittag hielten die Sozialdemokraten in verschiedenen Stadtteilen Versammlungen ab, um gegen das Dreiklassenwahlrecht zu protestieren. Nach Schluß der Versammlungen zog eine noch Tausenden zählende Menge durch die Straßen an dem Mesidensschloß vorbei, wo sie auch verjagt, unter Schreien auf das allgemeine Wahlrecht in den Schloßhof einzudringen; letzterer war aber abgeperrt. Am Steinweg kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Kundgebenden und der Polizei. Die Polizei räumte den Steinweg und nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Weisse Woche. Aussteuer-Woche. Weisse Woche. Aussteuer-Woche. Weisse Woche. Aussteuer-Woche. Weisse Woche. Aussteuer-Woche. Weisse Woche.

Weisse Woche • Aussteuer-Woche

Beginn: 2. Februar, morgens 8 Uhr.

Ende: 9. Februar, abends 8 Uhr.

Ein grosser Posten
130 cm weisse Damaste
mit prächtigem Seidenglanz, darunter feinste reine Macco-Qualitäten in nur neuen Mustern

per Meter	M	-.65	-.95	1.10
"	"	1.35	1.50	1.70

in bordeau (echtfarbig)
p. Meter M -.95 1.25 1.65 1.90

Ein grosser Posten
Pelz-Croisé und Piqué
schön geraute, weiche, vollgebleichte Garantie-Qualitäten.

per Mtr.	M	-.28	-.38	-.48	-.58
"	"	-.65	-.72	-.75	
"	"	-.85	-.95		

Nur allererste Marken!

Ein grosser Posten
Weisse Wäsche
Gute Stoffe. Modernste Ausführung.

Damen-Hemden	M	-.95	bis	3.50
Damen-Hosen	"	-.95	"	2.90
Damen-Jacken	"	1.-	"	2.90
Untertailen	"	-.85	"	1.75
Stickerel-Röcke	"	1.65	"	6.-
Kissenbezüge	"	-.85	"	3.25
Oberbettuch. 140/200	"	3.25	"	6.-

Beachten Sie mein Spezial-Fenster.

Bettbarchente u. Bettfedern
Meine weit und breit bekannten **Garantie-Marken** zu extra billigen Preisen.

Farbige
Bett-Kattane.
Riesen-Auswahl.
88 cm Kissenbr. p. Mtr. M -.36 -.75
130 cm Bettbr. " " -.85 1.25

Echtfarbige Bett-Köllisch
1a Qualitäten
per Mtr. M -.35 bis -.80

Ca. 10000 Meter
Weisse Wäsche-Tuche
Nur erstklassige Fabrikate, fein- und grobfädig, Oretonne, Renforcé, Madapolam, Macco

per Meter	M	-.18	-.38	-.45
"	"	-.58	-.65	-.68
"	"	-.75	-.85	

160 cm Bettuch-Cretonne 1a. Ia. Qual.
per Meter M -.95 1.20 1.40
Bei grösserem Kauf sparen Sie bei diesen Preisen viel Geld.

Ein Riesen-Posten
Halb Leinen
nur erprobte Qualitäten
Rasenbleiche, 80-84 cm breit.

per Mtr.	M	-.45	-.80	-.90
"	"	-.95	1.25	

150 und 160 cm breit
per Mtr. M -.95 1.40 1.60
" " 1.70 1.85 1.95

Jede Probe hiervon hat stets meinen Kundenkreis vergrössert.

Ein grosser Posten
Handtuch-Stoffe
farbig, weiss und weiss mit Rand

per Mtr.	M	-.09	-.18	-.22	-.28
"	"	-.34	-.38	-.42	-.45
"	"	-.48	-.53	-.58	-.65
"	"	-.75	-.90	-.95	

Abgepasste fertige Handtücher
in allen Preislagen.
Erstklassige Fabrikate.

Grosse Posten in
Tischtücher, Servietten, Tischdecken
jeder Art.
Bett-Vorlagen, Läufer-Stoffe, Trikotagen, farbige Wäsche.

Ein grosser Posten
Gardinen am Stück
(Vorhangstoff) in weiss und elfenbein Scheibengardinen: 60-80 cm breit

per Meter	M	-.24	-.38	-.48
"	"	-.53	-.58	-.65
"	"	-.75	-.90	

Brette Gardinen: 100-150 cm breit
per Meter M -.45 -.68 -.80
" " -.90 1.05 1.20
" " 1.35 1.50 1.60
" " 1.75 1.85 1.95

Nur allerneueste Zeichnungen.

Ein grosser Posten
Biber-Bettfächer
weiss und farbig
nur volle Grössen, Garantie für echte Farben

per Stück	M	1.45	1.85	2.-	2.25
"	"	2.65	2.75	2.85	2.95

Bettuch, weiss am Stück, 1a. Ia. Qualit.
150 cm breit p. Mtr. 1.40 1.55 1.65

Wollene Schlaf-Decken
per Stück M 5.50 6.70 7.75
" " 9.25 10.50 11.75
" " 12.50 15.-

Echte Kamelhaar-Decken
sehr preiswert.

Baumw. Jaquard-Decken
per Stück M 2.60 bis 4.90

Enorme Posten in
allerneuest. Kleiderstoffen
in schwarz, weiss und farbig.
Nur neueste Gewebe. Riesen-Auswahl.
Per Meter M -.80 bis 6.50.
Eine Gelegenheit allerersten Ranges
preiswürdige moderne Stoffe
für Konfirmanden- und Kommunikanten-Kleider
in jed. Preislage vorteilhaft zu erwerben.

Grosse Posten Herren-Anzug-Stoffe
Nur erprobte Qualitäten. - Billige Preise.

Konfirmanden-Anzug-Stoffe
in schwarz, blau, dunkel mit etwas weiss od. blau gemust.
Enorme Auswahl. - Sehr preiswürdig.

Abteilung Herren- und Knaben-Konfektion Preise grösstenteils bedeutend ermässigt.

Auf alle Preise meines enorm grossen Lagers noch **Doppelte Marken = 10% Rabatt.**

Joh. Hertenstein, Karlsruhe

Ecke Erbprinzen- u. Herrenstr. 25 Inh. Fr. Kuch Ecke Erbprinzen- u. Herrenstr. 25. Besichtigen Sie meine 10 Schaufenster.

Weisse Woche. Aussteuer-Woche. Weisse Woche. Aussteuer-Woche. Weisse Woche. Aussteuer-Woche. Weisse Woche. Aussteuer-Woche. Weisse Woche.

1 S.D. 434/14. Am 28. Januar 1914 zwischen 2 und 3 Uhr früh wurden auf der Kaiserstrasse hier beim Marktplatz und an der Adlerstrasse Studenten von 2 unbekanntem Burden, die kurz zuvor wegen Ungehörigkeit aus dem Café Wein ausgewiesen worden waren, überfallen und durch Messerstiche erheblich verletzt.
Um Fahndung und Mitteilung alles zur Täterermittlung Zweckdienlichen wird erucht.
Beschreibung:
Der Eine: etwa 28 Jahre, 170-175 cm groß, dunkelblond, starker dunkelblonder Schnurrbart, pfälzische Mundart, gut gekleidet, graubrauner Anzug, hellgrüner Leberzieher, schwarzer steifer Hut.
Der Andere: 20-24 Jahre, 160-165 cm groß, hellblond, vermutlich feiner hellblonder Schnurrbart, hiesige Mundart, heller Anzug, vermutlich dunkler Leberzieher.
Karlsruhe, 30. Januar 1914.
Gr. Staatsanwalt.

Durlach. - Gasthaus z. Lamm.
Morgen Sonntag, nachmittags 1/4 Uhr, beginnt in meinen unheimlich dekorierten Lokalitäten das weltbekannte **Starkbier-Fest**
mit Konzert, Vorträgen, Vokal-, Violon-, u. Orchesterwärtchen etc. und allem möglichen Nummern, was mit Markgraf Karl-Bräu vermengt, als vorzügliches Schlafmittel wirkt.
Hierzu ladet alle Bier- und sonstigen Pflichten ergeben ein.
7017 **Kaspar Strubel.**

Maskenhofium (Landes-), 2. Etod. ist gut möbliert. mittlere Figur, billig zu verkaufen. Zimmer an einen solid. Arbeiter zu vermieten.
Wieslandstrasse 24, 3. Etod.

Krokodil Karlsruhe
Heute abend 6 Uhr beginnt der Ausschank von **Benno-BIER**
aus der Aktienbrauerei zum Löwenbräu in München.
J. Möloth.

7015 **Halb geschenkt**
Körperliche und geistige **Spannkraft** erhalten Sie durch die **Nährsalz-Präparate** vom Reformhaus Kadner
Durlach, Amalienstr. 25.
einige Pentner, sowie ein gut erhaltener Kinderliegetwagen ist zu verkaufen.
Durlach, Friedrichstrasse 8.

De-Thompson's Seifenpulver
(Marke Schwan)
In Verbindung mit dem modernen Bleichmittel **Seifix**
liefert selbsttätig blendend weisse Wäsche mit dem frischen Duft der Rasenbleiche. Ein Versuch überzeugt. Jedes Paket 15 Pfennig.
Seifix bleicht fix

Auf 1. Februar 1914 ist das Schulgeld für die Goethe-Gute, Humboldt-Gute, Lessing-Gute, Fichte-Gute, Oberrealschule, Realschule und Handelsschule (Herbstklasse) für das II. Tertial 1913/14 (Weihnachten 1913 bis Ostern 1914), sowie für die Handelsschule (Oster-, Herbst- und Fortbildungsklasse) Gewerbeschule für das I. Tertial 1913/14 (Weihnachten 1913 bis Ostern 1914) zur Zahlung fällig. Die Zahlungspflichtigen werden deshalb aufgefordert, das verfallene Schulgeld bis längstens 9. Februar 1914, unter Vorlage der zugehörigen Fortbildungszeitel, anher zu entrichten.
Karlsruhe, 29. Januar 1914.
Stadt. Schulkasse, 6908
Ver. neues Vertiko m. Spiegel 32 Wt., Vert. 15 Wt., Barch. Kommode 12 Wt., Barchisch 8 Wt., Sofa 16 Wt.
Rudwig-Wilhelmstr. 18, 7025

SPIEGEL & WELS

Während dieser Zeit
**Doppelte
 Rabattmarken**
 oder
10 Prozent
 in bar.

Weisse Woche

**Sonder-
 Angebot**
 in
 allen
 Abteilungen.

Von Montag den 2. bis inkl. Montag den 9. Februar

Zum großen Teil: **Ermässigung bis über die Hälfte** des seitherigen Wertes.

HERREN-ABTEILUNG

Hochsommer-Anzüge in Stoffen aus Leinen, Tussor, Flanell etc. (zum Teil etwas trüb geworden) in Serien:
 Ein Posten früherer Preis bis Mark 30.00 | Ein Posten früherer Preis bis Mark 42.00
jetzt Serie I . . . Mark 13.00 | **Serie II Mark 18.00** | **jetzt Serie III . . . Mark 23.00** | **Serie IV . . . Mark 28.00**

Ein **Hochsommer-Anzüge** (etwas trüb geworden) feine Rohseiden-, Lüster-, Flanell-Stoffe früh. Preis bis Mk. 65.—
jetzt S.V.M. 35.—

Ein **blaue Strand-Anzüge** reinwollene Flanell-Stoffe seither. Preis bis Mk. 48.—
jetzt Mk. 25.—

Ein **Sommer-Wasch-Anzüge** für Haus Jagd und Straße von Mk. 5.— an Einzelne Stücke ganz besonders billig.

Lüster-, Leinen-, Rohseidene u. Wasch-Saccos (z. Teil im Fenster angest. Stücke) früh. Preis bis Mk. 6.— | **jetzt Serie I 2⁵⁰** | Mark 9.— | **Serie II 4⁰⁰** | Mark 11.50 | **Serie III 6⁰⁰** | Mark 15.— | **Serie IV 9⁰⁰** | Mark 22.— | **Serie V 12⁰⁰**

Weißer Flanell- und Leinen-Hosen . . . von 3⁷⁵ an | **Weißer und farbige Fantasie-Wasch-Westen** jetzt **2⁰⁰ 3⁰⁰ 4⁰⁰ und 6⁰⁰**

Herren-Anzüge, Ulster, Paletots, Sport-Anzüge (Restbestände vom Inventur-Verkauf.)
 früher bis Mk. 28.00 | 38.00 | 48.00 | 58.00 | 68.00 | 78.00
jetzt Mk. 22.00 | 29.00 | 36.00 | 45.00 | 53.00 | 62.00

Kaiserstraße 74 neben unserem Hauptgeschäft

Knaben- u. Jünglings-Abteilung

Ganz besonders billige Preise.

Ein Posten **Knaben-Wasch-Anzüge** farbig und weiß (zum Teil etwas angestaubt)
 früher bis Mk. | **jetzt Mk.** | Serie I 3.20 | Serie II 5.50 | Serie III 7.00 | Serie IV 10.50 | Serie V 14.50
1.95 | 3.25 | 4.75 | 7.25 | 9.75

Wasch-Blusen früher bis Mk. | **jetzt Mk.** | Serie I 1.60 | Serie II 2.75 | Serie III 4.50 | Serie IV 6.00 | Serie V 8.50
95 | 1.75 | 2.75 | 3.95 | 5.25

Ein Posten **Knaben-Schul-Anzüge** (Wasch-Stoffe) Sport- und Joppen-Fasson
 früher bis Mk. 5.50 | Mk. 7.50 | Mk. 11.50 | Mk. 18.00
jetzt Mk. 3.50 | Mk. 4.75 | Mk. 6.75 | Mk. 9.75

Auf sämtliche regulären Waren

wie:
Herren-Sacco-Anzüge, Ulster, Paletots, Schlafrocke, Haus-Smokings, Loden-Joppen, Hosen, Gummi-Mäntel, Loden-Capes, Bozener Mäntel, Sport- und Touren-Anzüge, Hosen, Gehrock-, Frack- und Smokings-Anzüge, Fantasie-Westen, farbige Smokin-Westen, Jackett-Anzüge. — Jünglings- und Knaben-Sacco-Anzüge, Konfirmanden-Anzüge, Ulster, Paletots, Pyjacks, Loden-Capes, Bozener Mäntel, Schul-Anzüge, Tiroler-Anzüge, einzelne Knaben-Hosen. — Damen- und Mädchen-Loden-Capes, Bozener Loden-Mäntel. — Livree- und Chauffeur-Kleidung, Livree-Sacco-Anzüge, Fahr-Anzüge, waschbare Haus-Anzüge, Joppen, Hosen u. Westen, Chauffeur-Anzüge, Auto-Staub-Mäntel. — Berufs-Kleidung, Friseur-Saccos, Schlosser-Anzüge, Metzger-Jacken, Konditor-Jacken, Schriftsetzer-Kittel, Maler-Kittel, Operations-Mäntel gewähren wir

Doppelte Rabatt-Marken oder 10 Prozent in bar.